

## **Anna Aurast**

"In allernächster Zeit ist mit der Umsiedlung sämtlicher noch in Württemberg ansässigen Juden zu rechnen" - Deportationen und Ermordung von Heilbronner Jüdinnen und Juden (1941-1945)

Sonderdruck aus:

Christhard Schrenk / Peter Wanner (Hg.)  
Heilbronn 1933 ff.  
Beiträge zum Nationalsozialismus in der Stadtgeschichte

Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Heilbronn 24

2020  
Stadtarchiv Heilbronn

# „In allernächster Zeit ist mit der Umsiedlung sämtlicher noch in Württemberg ansässigen Juden zu rechnen“<sup>1</sup> – Deportationen und Ermordung von Heilbronner Jüdinnen und Juden (1941–1945)

ANNA AURAST

## Vor den Deportationen

Zur Zeit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 lebten circa 500.000 Deutsche jüdischen Glaubens in Deutschland. Von diesem Zeitpunkt an waren sie zunehmenden antisemitischen Maßnahmen unterworfen, die zu ihrer Abgrenzung, Demütigung, Entrechtung, Ausplünderung, Misshandlung, und später zur Ghettoisierung bis hin zu Deportationen und Ermordung führten. Viele der deutschen Jüdinnen und Juden erkannten ihre Bedrohung durch das NS-Regime recht bald und bemühten sich, unter allen Umständen das Land zu verlassen. Vor allem junge Menschen sahen ihre Chance einzig in der Flucht und waren am ehesten dazu bereit, Deutschland als Heimatland aufzugeben und in einem fremden Land ein neues Leben anzufangen. Bis zum Ausreiseverbot im Oktober 1941 verließen ungefähr 315.000 jüdische Flüchtlinge Deutschland.<sup>2</sup> Diejenigen, für die eine rechtzeitige Ausreise aus alters-, familiären oder finanziellen Gründen keine Option darstellte,<sup>3</sup> waren ab diesem Zeitpunkt der Willkür des NS-Staates vollständig ausgeliefert.

Die Politik des NS-Regimes zielte von Anfang an darauf ab, die Juden mit allen Mitteln zur Auswanderung zu zwingen und sie dabei möglichst stark moralisch und finanziell zu schädigen. So wurden im Laufe der folgenden Jahre über 2.000 antijüdische Bestimmungen eingeführt, die das soziale und materielle Dasein der Juden in Deutschland graduell unmöglich machen sollten.<sup>4</sup>

Das Repertoire des NS-Staates an Verfolgungsmaßnahmen war vielfältig und betraf alle Lebensbereiche. In der ersten Phase, zwischen 1933 und 1935, erstreckte es sich vom Boykott jüdischer Geschäfte bis zur beruflichen und gesellschaftlichen Ausgrenzung, die auf dem „Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamten-

---

<sup>1</sup> Zitat aus einem Erlass des Leiters der Staatspolizeileitstelle Stuttgart, Friedrich Mußgay, vom 03.08.1942, abgedruckt in: SAUER, Dokumente (1966), Dok. Nr. 507, S. 335.

<sup>2</sup> MEYER, Einleitung (2017), S. 11–15

<sup>3</sup> Die Entscheidung zur Auswanderung war gerade für ältere Menschen alles andere als einfach, vgl. KÜTTERER, Situation (2013), S. 42.

<sup>4</sup> MAYER, Einleitung (2017), S. 9

tums“ basierte.<sup>5</sup> In der zweiten Phase zwischen Herbst 1935 und Frühjahr 1942, der in erster Linie die beiden „Nürnberger Gesetze“, das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes“ zugrunde lagen, wurden alle als Juden identifizierten Bürger immer mehr entrechtet und isoliert.<sup>6</sup>

Die Repressalien führten im November 1938 zur offenen, staatlich verfügten anti-jüdischen Gewalt, bei der es zu Pogromen an der jüdischen Bevölkerung, zu Synagogenbränden, zu Zerstörung und Plünderung jüdischer Häuser und Geschäfte kam. Für die entstandenen Kosten sollten jedoch die Opfer selbst zahlen; die zunächst „Sühneleistung der Juden“ und später „Judenvermögensabgabe“ genannte „Kontribution“ sollte insgesamt 1 Milliarde Reichsmark einbringen, die alle Jüdinnen und Juden Deutschlands mit einem Fünftel ihres Gesamtvermögens verrichten sollten.

Ab September 1941 galt der Kennzeichnungszwang aller Juden mit einem gelben Judenstern.<sup>7</sup> Die „11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 25. November 1941, die bestimmte, dass Juden beim Verlassen des Landes automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, führte schließlich zum „Rechts- und Finanztod“<sup>8</sup> jüdischer Bürger. Mit dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit verfiel das gesamte Vermögen der deutschen Juden an den NS-Staat. Dies galt auch für Juden, die deportiert wurden, selbst wenn sie in Gebiete verschleppt wurden, die offiziell dem Reich angehörten.<sup>9</sup> So wurde im Kontext der Verordnung das Generalgouvernement, das als Teil des Großreiches galt, ausdrücklich als Ausland definiert. Selbst Deportationsziele wie Auschwitz oder Theresienstadt, die sich im Reichsgebiet (Gau Oberschlesien beziehungsweise Protektorat Böhmen und Mähren) befanden, wurden nicht immer von der Gestapo als Inland behandelt, was die Abwicklung der Vermögenskonfiszierung stark vereinfachte.<sup>10</sup> Die 11. Verordnung war die gesetzliche Grundlage für die geheime „Aktion 3“, die gleichbedeutend war mit der „Verwaltung und Verwertung“ des im Deutschen Reich verbliebenen jüdischen Vermögens von Emigranten und Deportierten durch Finanz- und Polizeibehörden des NS-Staates.<sup>11</sup>

Die Ausplünderung der jüdischen Bürger war allumfassend. Die Nationalsozialisten eigneten sich nicht nur Geld, Wertgegenstände, Geschäfte und Liegenschaften der Juden an, sondern sie scheuten auch nicht davor, den übriggebliebenen Hausrat der Deportierten, den diese vor ihrem Abtransport bis ins Kleinste in einem achtseitigen

<sup>5</sup> Vgl. BICKHOFF, Gesetze (2019a), S. 35. Siehe dort auch eine Übersicht über antijüdische Gesetzgebung zwischen 1933 und 1935, ebd., S. 37–40.

<sup>6</sup> BICKHOFF, Gesetze (2019a), S. 35; BICKHOFF, Gesetze (2019b), S. 201–204. Siehe dort auch die Übersicht über antijüdische Gesetzgebung zwischen 1935 und 1942, ebd., S. 204–217.

<sup>7</sup> Vgl. FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 264 f.

<sup>8</sup> ADLER, Mensch (1974), S. 166

<sup>9</sup> KULLER, Bürokratie (2013), S. 396

<sup>10</sup> KULLER, Bürokratie (2013), S. 397–399

<sup>11</sup> KULLER, Bürokratie (2013), S. 403

Formular auflisten mussten,<sup>12</sup> zu Schnäppchenpreisen an die Bevölkerung über öffentliche Versteigerungen anzubieten und den Erlös ebenfalls dem Staat zuzuführen.<sup>13</sup>

Wann genau Hitler den Entschluss fasste, die Juden aus Deutschland systematisch deportieren zu lassen und damit die Deportationen zum wesentlichen Bestandteil der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu machen, lässt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Die Forschung geht jedoch davon aus, dass die Entscheidung zwischen Mitte September und Anfang Oktober 1941 gefallen sein muss.<sup>14</sup> Die entscheidende Voraussetzung für diese Zäsur in der Politik gegenüber den deutschen Juden war allerdings bereits der Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 und, darauf folgend, der „positive Kriegsverlauf und die erfolgreiche Durchsetzung der Shoah in der besetzten Sowjetunion im Sommer 1941“,<sup>15</sup> denn dort wurde die Hemmschwelle zum Völkermord bereits überschritten und die SS- und NS-Führung sah, dass der Völkermord möglich war.

Schon vor Oktober 1941 fanden mehrere kleinere „Aktionen“ statt, die darauf abzielten, Teile der jüdischen Bevölkerung aus dem „Großdeutschen Reich“ fortzuschaffen. Sie fingen an mit der Abschiebung von etwa 17.000 polnischen Juden am 28. und 29. Oktober 1938 mit mehreren Sonderzugtransporten an die polnischen Grenzübergänge Zbąszyń (Bentschen), Chojnice (Konitz) und Bytom (Beuthen), von wo aus die meisten von ihnen in der Nacht zu Fuß über die Grenze vertrieben wurden.<sup>16</sup> Dabei wurden überwiegend Männer über 18 Jahre ausgewiesen; aus Württemberg, Sachsen und Hessen deportierte man ganze Familien.<sup>17</sup> Ein Jahr später, im Oktober 1939, wurden circa 5.000 Jüdinnen und Juden aus Wien, Ostrava in Mähren und Kattowitz nach Nisko im Distrikt Lublin im Osten des Generalgouvernements ins geplante sogenannte „Judenreservat“ beziehungsweise „Reichs-Ghetto“ deportiert.<sup>18</sup> Im Februar 1940 wurden circa 1.000 Juden aus Pommern in die Nähe von Lublin verschleppt.<sup>19</sup> Im Oktober des gleichen Jahres wurden 6.504 Jüdinnen und Juden aus Baden und der Saarpfalz ins Lager Gurs in Südfrankreich abtransportiert.<sup>20</sup> Zuletzt wurden im Februar und März 1941 fünf Transporte aus Wien Richtung Generalgouvernement durchgeführt, mit insgesamt 5.013 Insassen.<sup>21</sup>

<sup>12</sup> HÖGERLE, Finanzbehörden (2019), S. 440

<sup>13</sup> Vgl. dazu ULMER, Versteigerungen (2019)

<sup>14</sup> FRIEDLÄNDER, Reich (2007), S. 645–648

<sup>15</sup> HÄNSCHEN, Transitghetto Izbica (2018), S. 241

<sup>16</sup> MEYER, Einleitung (2017), S. 12; GOTTWALDT / SCHULLE, „Juden deportationen“ (2005), S. 27.

<sup>17</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Juden deportationen“ (2005), S. 27

<sup>18</sup> BENZ, Ghetto (2013), S. 25; GOTTWALDT / SCHULLE, „Juden deportationen“ (2005), S. 31–33. Die Idee eines „Judenreservats“ im Generalgouvernement scheiterte nicht zuletzt am Widerstand des Generalgouverneurs Hans Frank, auf seinem Gebiet ein solches „Reservat“ einzurichten.

<sup>19</sup> ADLER, Mensch (1974), S. 141–145. Adler spricht von 1200 Menschen, die aus Stettin deportiert wurden. Laut Gottwaldt / Schulle schätzte Wolfgang Scheffler die Anzahl der Deportierten auf 825 bis 842. Vgl. GOTTWALDT / SCHULLE, „Juden deportationen“ (2005), S. 34.

<sup>20</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Juden deportationen“ (2005), S. 39

<sup>21</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Juden deportationen“ (2005), S. 46

Die genannten Zahlen der frühen, zum Teil noch unkoordinierten und übereilt geplanten Deportationen waren jedoch erst der Auftakt der darauf folgenden systematisch organisierten massenhaften Transporte, mit denen zwischen Oktober 1941 und April 1945 mindestens 265.000 Personen aus dem „Großdeutschen Reich“ in Ghettos oder Vernichtungslager fortgeschafft wurden.<sup>22</sup> Unter diesen Deportierten befanden sich auch Jüdinnen und Juden aus Heilbronn.

## Die Situation in Heilbronn

1933 lebten laut Hans Franke 855 Jüdinnen und Juden in Heilbronn und in Sontheim;<sup>23</sup> diesen Zahlen liegen, so Franke, die Zahlen der Volkszählung von 1933 zugrunde.<sup>24</sup> 1938 war die Zahl der jüdischen Bevölkerung bereits geringer geworden, überwiegend aufgrund von Emigration, aber auch von Todesfällen, sodass 1938, stützt man sich auf die Zahlen, die Franke zu Beginn der 1960er Jahre für seine Studie eruierte, noch 557 Jüdinnen und Juden in Heilbronn und Sontheim lebten.<sup>25</sup> Die Ergebnisse der am 17. Mai 1939 vom NS-Regime durchgeführten Volkszählung zeigen, dass 1939 nur noch 353 Juden in Heilbronn lebten, 344 von ihnen waren bekennende Juden.<sup>26</sup> Franke hat aufgrund der Deportationslisten 127 aus Heilbronn deportierte Jüdinnen und Juden ausgemacht, er räumte jedoch gleichzeitig ein, dass diese Zahl die „authentische Gesamtzahl der Heilbronner Opfer“ in keiner Weise wiedergeben würde.<sup>27</sup> Da nicht alle Heilbronner Juden von Heilbronn aus deportiert wurden, ist die Gesamtzahl der Opfer entsprechend höher: Hans Franke nennt hier 225 Personen.<sup>28</sup> Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass zur Zeit der Deportationen auch Nicht-Heilbronner in Heilbronn lebten und der Judenverfolgung ausgesetzt waren. Laut Susanne Schlösser fielen 234 Menschen aus Heilbronn und Sontheim der nationalsozialistischen Judenverfolgung anheim; von diesen wählten sechs Personen den Freitod noch vor der Deportation. Lediglich zehn Heilbronner Deportierte, die nach Theresienstadt verschleppt wurden, haben überlebt.<sup>29</sup> Wie schwierig es ist, genaue Opferzahlen zu nennen, zeigen die angeführten Zahlen von

---

<sup>22</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Judendeportationen“ (2005), S. 13

<sup>23</sup> FRANKE, *Juden in Heilbronn* (1963), S. 165. Diese höchst verdienstvolle Studie stellt bis heute eine Pionierarbeit zur Aufarbeitung des Umgangs mit Juden in Heilbronn dar, auch wenn einige wenige ihrer Aussagen entweder falsch oder durch den heutigen Forschungsstand inzwischen überholt sind.

<sup>24</sup> Wie die Zahl zustande kommt, sagt Franke nicht. In der Statistik des Deutschen Reiches ist für das Jahr 1933 im Stadtgebiet Heilbronn von 790 Juden die Rede; vgl. *Volkszählung* (1936), S. 39.

<sup>25</sup> FRANKE, *Juden in Heilbronn* (1963), S. 165

<sup>26</sup> *Volkszählung* (1944), S. 29

<sup>27</sup> FRANKE, *Juden in Heilbronn* (1963), S. 163

<sup>28</sup> FRANKE, *Juden in Heilbronn* (1963), S. 181

<sup>29</sup> SCHLÖSSER, *Blütezeit und Zerstörung* (1998), S. 162

Franke und Schlösser. Auch wenn hinter jeder Zahl ein Menschenleben steht, müssen wir uns eingestehen, dass wir diese nie werden vollständig erforschen können.

Seit der Machtübernahme Hitlers 1933 stieg der Druck auf die jüdischen Deutschen auch in Heilbronn kontinuierlich. Bereits im Jahr 1933 kam es zu Gewaltakten gegen jüdische Bürger und gegen als jüdisch identifizierte Geschäfte. Viele Juden spürten die Willkür der neuen Machthaber am eigenen Leib. Im sogenannten „Braunen Haus“, der Nazizentrale am Fleiner Tor, wurden Juden ohne Grund gefangen gehalten und schwer misshandelt.<sup>30</sup>

Die Abschiebungen von polnischen Juden aus dem Reich im Oktober 1938 betraf in Heilbronn vier jüdische Familien, nämlich Nachmann und Marie Gersinski, Dina, die Tochter von Nachmann und Marie, und ihren Ehemann Bernhard Mangel, die Familie Adele, Simon und deren Tochter Silvia Mandellaub sowie Chajem und Pauline Schiffer. Die ausgewiesenen Familienmitglieder galten entweder als polnische Staatsbürger oder sie waren, wie Pauline Schiffer, mit einem polnischen Staatsangehörigen verheiratet. Laut Franke hat niemand von ihnen den Krieg überlebt.<sup>31</sup>

Die Verschärfung der Rechtslage mit dem „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30. April 1939 führte im Laufe des Jahres zur Ghettoisierung jüdischer Bürger. Sie mussten entweder in sogenannte „Judenhäuser“ umziehen oder in einzelnen Landgemeinden konzentriert werden.<sup>32</sup> So bestimmte die NS-Stadtverwaltung auch in Heilbronn mehrere Gebäude, in die die Heilbronner Juden mindestens seit Herbst 1939 zwangsumziehen mussten. Franke nennt 24 solcher Häuser, deren Anzahl mit den großen Deportationen ab November 1941 zurückgehen sollte. Die aktuelle Forschung geht heute von 29 Häusern dieser Art aus, von denen 17 als gesichert gelten.<sup>33</sup>

Andere, vor allem ältere und alleinstehende Heilbronner, wurden entweder nach Haigerloch und dort in das jüdische Stadtviertel Haag oder ins Zwangsaltenheim im Schloss Eschenau zwangsumgesiedelt. Die Ghettoisierungsmaßnahmen hatten zum einen zum Ziel, die jüdische Bevölkerung an einigen wenigen Stellen zu konzentrieren, wo sie, ungeschützt, isoliert und vor den Blicken der nichtjüdischen Bevölkerung weitestgehend verborgen, der Kontrolle und dem Zugriff der NS-Organen bis zur Deportation aus dem Reich ausgeliefert waren. Zum anderen konnten sich die zuständigen NSDAP-Funktionäre damit rühmen, mit der Konzentration deutscher

---

<sup>30</sup> Vgl. den Eintrag zu Frida Stein, Flora Henle, Moritz Henle und Julius Henle auf der Website des Projektes Stolpersteine Heilbronn über die Misshandlung von Julius Henle im Jahr 1933, <http://stolpersteine-heilbronn.de/list/innsbruckerstr-31.html> (rev. 2020-01-09).

<sup>31</sup> Vgl. FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 123 f.

<sup>32</sup> MÜLLER, Deportationen (2004), S. 26

<sup>33</sup> Vgl. FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 292–294. Siehe auch die Zusammenstellung der Häuser auf der Website des Projektes Stolpersteine Heilbronn, <http://projekt.stolpersteine-heilbronn.de/stadtheilbronn-liste-judenhaeuser.pdf> (rev. 2020-01-16).

Jüdinnen und Juden auf dem Land erste „judenfreie“ Städte und Kreise in Württemberg geschaffen zu haben.<sup>34</sup>

Auch in Heilbronn wurden das Eigentum der zwangsumgesiedelten und danach deportierten Juden unter der nichtjüdischen Bevölkerung zu Schleuderpreisen über öffentliche Versteigerungen verteilt. Solche „Fahrnisversteigerungen“ wurden einige Tage im Voraus im Heilbronner Tagblatt beworben. Allein zwischen Januar und März 1942 fanden 18 öffentliche Versteigerungen statt, die der Stadtinventierer Willy Schöller für „Kaufliebhaber“ durchführte. Die Wortwahl der Ankündigungen deutet jedoch nicht eindeutig auf Versteigerungen von jüdischem Besitz hin, sodass heute nur spekuliert werden kann, welche Versteigerungstermine tatsächlich enteignetes jüdisches Gut betrafen.<sup>35</sup>

Am 26. November 1941, nur einen Tag nach der Bekanntgabe der „11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz“, fand die erste große Deportation aus Heilbronn statt. Weitere große und Einzeldeportationen, unter anderem zwischen Januar und August 1942 (Eschenau), am 23. März 1942 (Haigerloch), am 24. April 1942 (Izbica), am 20. August 1942 (Theresienstadt) und am 11. Januar 1944 (Theresienstadt) sollten folgen; die letzte wurde noch im Februar 1945, erneut nach Theresienstadt, durchgeführt. Im Folgenden sollen die einzelnen Deportationen und deren Ziele beleuchtet werden. Dabei kann bei Weitem nicht auf alle Aspekte der Judenverfolgung in Heilbronn eingegangen werden. Zugleich ist es wesentlich, in dem Zusammenhang nicht nur abstrakt die Mechanismen der Abschiebungs- und Vernichtungspolitik des NS-Regimes darzulegen, sondern auch die Einzelschicksale konkreter Personen vorzustellen. Denn hinter den bürokratischen Verwaltungsabläufen und bloßen Zahlen standen immer auch Menschen mit ihren jeweils individuellen Lebensverläufen, die Haus an Haus mit den nichtjüdischen Deutschen gelebt hatten.

## Deportation im November 1941 mit dem Ziel Riga-Jungfernhof

Die erste große Deportation von jüdischen Bürgern Heilbronns begann bereits am 26. November 1941. An diesem Tag mussten sich zwischen 47 und 53 Personen für den Abtransport „nach dem Osten“ am Wollhausplatz versammeln. Dabei waren jeder Person je 50 RM, maximal 50 kg Gepäck und das allernötigste Handgepäck erlaubt.<sup>36</sup> Von dieser Deportation nicht betroffen waren nach den Vorschriften der Gestapo Personen, die älter als 65 Jahre oder die ausländischer Staatsangehörigkeit

<sup>34</sup> Vgl. ULMER, *Einrichtung* (2013), S. 28

<sup>35</sup> Zu Versteigerungen von „Judengut“ vgl. auch KULLER, *Bürokratie* (2013), S. 424.

<sup>36</sup> Laut Franke wurden 47 Heilbronnerinnen und Heilbronner im November 1941 nach Riga deportiert, Gottwaldt / Schulle hingegen nennen 53 Zuginsassen aus Heilbronn; vgl. FRANKE, *Juden in Heilbronn* (1963), S. 152 und GOTTWALDT / SCHULLE, „Judendeportationen“ (2005), S. 124. Welche Gegenstände das Gepäck im Einzelnen enthalten durfte, zählt z. B. FRANKE, *Juden in Heilbronn* (1963), S. 148 auf.

waren und Juden, die mit nichtjüdischen Ehepartnern in sogenannten „Mischehen“ lebten.<sup>37</sup> Dass diese Vorgaben nicht immer eingehalten wurden, zeigt die Statistik: Allein in dem Transportzug vom 1. Dezember 1941 nach Riga befanden sich mindestens 15 Personen, die zwischen 65 und 74 Jahre alt waren.<sup>38</sup>

Vom Wollhausplatzauswurden die Menschen mit bereitgestellten Bussen nach Stuttgart gebracht. Dort mussten sie in der zu einem Sammellager umfunktionierten „Ehrenhalle des Reichsnährstands“ auf dem Gelände der ehemaligen Reichsgartenschau auf dem Killesberg mehrere Tage und Nächte bis zur Bereitstellung des Transportzuges warten.<sup>39</sup> Die Unterbringungsbedingungen waren miserabel. Ein Propagandafilm der Stuttgarter Stadtverwaltung hat die Vorgänge in dem Sammellager festgehalten.<sup>40</sup> Der Sonderzug der Reichsbahn Nummer „Da 33“<sup>41</sup>, der schließlich am Morgen des 1. Dezember 1941 vom Inneren Nordbahnhof in Stuttgart abfuhr, hatte das jüdische Ghetto im lettischen Riga zum Ziel und beförderte insgesamt 1013 Personen.<sup>42</sup> Das Durchschnittsalter der Deportierten betrug 43 Jahre. Nur 43 Personen aus diesem Transport überlebten,<sup>43</sup> jedoch niemand aus Heilbronn.<sup>44</sup>

Nach drei Tagen und drei Nächten erreichte der Zug am 4. Dezember 1941 den Güterbahnhof in Riga-Šķīrotava, von wo aus die deportierten Juden etwa eine Stunde lang zu ihrem Bestimmungsort marschieren mussten. Es handelte sich dabei nicht um das jüdische Ghetto in der Moskauer Vorstadt von Riga, in dem noch Ende November fast 30.000 lettische Juden eingeschlossen waren, denn dort stand zu diesem Zeitpunkt noch eine zweite „Aktion“ des Höheren SS- und Polizeiführers Ostland Friedrich Jeckeln aus, um das Ghetto für die Ankömmlinge aus dem Reich „frei zu räumen“. Unter Jeckelns Regie wurden am 30. November und am 8. Dezember 1941 circa 25.000 lettische Juden im Wald von Rumbula mit Hilfe der Ordnungspolizei und der lettischen Hilfspolizeieinheiten ermordet.<sup>45</sup>

Am 4. Dezember musste daher der Stuttgarter Transport in einer Ersatzunterkunft untergebracht werden. Die deportierten Juden kamen, wie zuvor schon der Transport aus Nürnberg und nach ihnen Deportierte aus Wien und Hamburg, in das heruntergekommene ehemalige Staatsgut Jumpravmuīža (Jungfernhof). Hier wollte die Sicherheitspolizei auf Dauer einen landwirtschaftlichen Gutsbetrieb einrichten,

<sup>37</sup> Vgl. SAUER, Dokumente (1966), Dok. Nr. 462, S. 272

<sup>38</sup> Vgl. SCHEFFLER, Deportation (2003), S. 597

<sup>39</sup> MÜLLER, Deportationen (2004), S. 27

<sup>40</sup> Von Yad Vashem bereitgestellt, <https://www.youtube.com/watch?v=r7B-5geWGBE> (rev. 2020-01-12).

<sup>41</sup> Die interne Abkürzung „Da“ der Sonderzüge der Deutschen Reichsbahn, mit denen deutsche Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma deportiert wurden, stand vermutlich anfangs für „Deutsche Aussiedler“. Vgl. dazu ENGWERT, Sonderzüge (2009), S. 48.

<sup>42</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Judendeportationen“ (2005), S. 124

<sup>43</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Judendeportationen“ (2005), S. 124

<sup>44</sup> Vgl. die Liste der Überlebenden bei SCHEFFLER, Deportation (2003), S. 595 f.

<sup>45</sup> KLEIN, Jüdinnen und Juden (2017), S. 128 f.; SCHEFFLER, Schicksal (2003), S. 4 f.

um die Verpflegung der Polizeiverbände zu gewährleisten. Diese Aufgabe und damit die Macht über die deportierten Juden in Jungfernhof hatte der SS-Unterscharführer Rudolf Seck, ein Bauernsohn aus Süderdithmarschen, der als SS-Mitglied einen landwirtschaftlichen Lehrgang abgeschlossen hatte,<sup>46</sup> und nun als Verwalter Jungfernhofs den Gutsbetrieb auf Vordermann bringen sollte. Das Gut war in einem desolaten Zustand. Die noch vorhandenen Gebäude auf dem circa 200 ha großen Gelände – Stallungen, Scheunen und Wirtschaftsbaracken –, waren verfallen und marode, die Dächer waren undicht und ließen Regen und Schnee ungehindert herein. Es gab zwar keinen Zaun, doch stattdessen bewachte eine bewegliche Postenkette aus lettischen Hilfspolizisten die Insassen.<sup>47</sup> Die Unterkünfte des Jungfernhofs waren für die Unterbringung von mehreren Tausend Menschen überhaupt nicht geeignet. Die Angekommenen mussten zuallererst dafür sorgen, den außergewöhnlich strengen Winter 1941/42 unter diesen widrigen Umständen zu überstehen. Es fehlte an allem, mehrstöckige Liegepritschen mussten schnell zusammengezimmert, Latrinen ausgehoben werden. Es starben in diesem Winter an Kälte, Unterernährung, schwerer Arbeit und einzelnen Mordaktionen etwa 800-900 Menschen in Jungfernhof.<sup>48</sup>

Im Laufe der Wintermonate 1941/42 wurden zudem insgesamt circa 1.000 Männer zur Errichtung eines Polizeihaftlagers für 15.000 Häftlinge im Wald von Salaspils ausgewählt und vom Jungfernhof und aus dem Ghetto Riga abkommandiert, wo sie unter noch schlechteren Bedingungen versuchen mussten zu überleben. Denn das geplante Lager, 20 km südöstlich von Riga gelegen, bestand im Dezember 1941 aus nichts mehr als einer „Baubude in einem umzäunten Waldstück“<sup>49</sup>, sodass die Männer zunächst ungeschützt und ohne Nahrung in eisigen Temperaturen im Freien vegetieren mussten, bis sie die ersten Barackenunterkünfte fertiggestellt hatten. Hinzu kam, dass die verantwortlichen SS-Männer Richard Nickel und Otto Teckemeier das Lager mit brutaler Gewalt und Willkür kommandierten. Die Opferzahl unter den Lagerinsassen war daher besonders hoch.<sup>50</sup>

Eine Zäsur für die Insassen des Arbeitslagers Jungfernhof bildete die sogenannte „Aktion Dünamünde“, die am 26. März 1942 durchgeführt wurde und der 1.800 bis 2.000 Personen – darunter auch der Hamburger Oberrabbiner Joseph Carlebach<sup>51</sup> zusammen mit dessen Frau und drei Kindern – zum Opfer fielen. Im Frühjahr 1942 selektierte Rudolf Seck circa 450 junge und arbeitsfähige Menschen, die in den kommenden Monaten überwiegend als landwirtschaftliche Arbeitskräfte den Gutsbetrieb

<sup>46</sup> KLEIN, *Jüdinnen und Juden* (2017), S. 129

<sup>47</sup> KLEIN, *Jüdinnen und Juden* (2017), S. 129

<sup>48</sup> KLEIN, *Jüdinnen und Juden* (2017), S. 130

<sup>49</sup> KLEIN, *Jüdinnen und Juden* (2017), S. 139

<sup>50</sup> ANGRICK / KLEIN, „Endlösung“ (2006), S. 260–262, 265; KLEIN, *Jüdinnen und Juden* (2017), S. 140.

<sup>51</sup> In Berichten von Überlebenden wird Joseph Carlebach als moralische Autorität der Zwangsgemeinschaft im Lager Jungfernhof geschildert, der Zuspruch und religiösen Trost spendete. Vgl. BRÄMER, *Familie Carlebach* (2017), S. 159 f.

aufbauen sollten.<sup>52</sup> Alle anderen, die von Seck als arbeitsunfähig eingestuft worden waren, sollten liquidiert werden. Den Opfern erzählte man, dass sie nach Dünamünde kommen würden, um dort in einer Fischkonservenfabrik leichtere Arbeit zu verrichten und in angeblich besseren Unterkünften zu leben. Viele meldeten sich sogar freiwillig.<sup>53</sup> Die Fabrik existierte jedoch in Wirklichkeit nicht, sie wurde erfunden, um die Opfer und die zurückgebliebenen Familienangehörigen und Schicksalsgenossen zu täuschen. Die Menschen wurden mit bereitgestellten Bussen und Lastwagen in den Wald von Biķernieki transportiert und dort von lettischen Hilfspolizisten und deutschen SS- und Polizeiverbänden erschossen und in zuvor vorbereiteten Gruben verscharrt.<sup>54</sup>

Von den 450 Personen, die als Arbeiter auf dem Gutsbetrieb in Jungfernhof blieben, kamen die meisten nach und nach ins Rigaer Ghetto, das nach den zwei großen Mordaktionen an den lettischen Juden im November und Dezember 1941 in mehreren Transporten zwischen Dezember 1941 und Februar 1942 mit Juden aus dem Reich, aus Österreich und aus der Tschechoslowakei gefüllt wurde.<sup>55</sup> Das Ghetto umfasste schätzungsweise 17.200 Personen und bestand aus zwei mit Stacheldrahtzaun voneinander getrennten Teilen, in denen zum einen die „Reichsjuden“ und zum anderen die übriggebliebenen lettischen Juden lebten. Im lettischen Teil lebte zudem eine Gruppe von circa 580 litauischen Juden aus dem Ghetto Kaunas.<sup>56</sup> Der Zerteilung des Ghettos entsprach auch die administrative Zuteilung der Insassen, denn die lettischen Juden unterstanden der Zivilverwaltung, die Juden aus dem Westen hingegen der deutschen Sicherheitspolizei.<sup>57</sup> Ein Teil der Ghettobewohner – 4.400 Personen – wurden ebenfalls im Rahmen der „Aktion Dünamünde“ im Frühjahr 1942 ermordet. Längere Überlebenschancen im Ghetto hatten vor allem junge, arbeitsfähige Menschen, die in auswärtigen Arbeitskommandos als Zwangsarbeiter beschäftigt wurden.

Im November 1943 wurde das Ghetto aufgelöst. Die verbliebenen Insassen wurden in das im Frühjahr in einem Villenvorort von Riga aufgebaute Konzentrationslager Mežaparks (Kaiserwald) verlegt. Zwischen August und Oktober 1944 wurden die meisten sich noch in Lettland befindenden Juden in das Konzentrationslager Stutthof bei Danzig verschifft, das vielen als der schlimmste Ort von allen seit ihrer Verschleppung vorkam, weil es stark überfüllt war, und weil die SS dort systematisch

<sup>52</sup> KLEIN, Jüdinnen und Juden (2017), S. 131 f.

<sup>53</sup> SCHEFFLER, Schicksal (2003), S. 11 f.

<sup>54</sup> KLEIN, Jüdinnen und Juden (2017), S. 131 f.; ANGRICK / KLEIN, „Endlösung“ (2006), S. 342–344.

<sup>55</sup> 20 Transporte aus dem Reich erreichten Riga zwischen dem 30. November 1941 und dem 9. Februar 1942, wobei die Insassen des ersten Transports aus Berlin sofort nach der Ankunft einer Massenerschießungsaktion von Friedrich Jeckeln zum Opfer fielen. Vgl. GOTTWALDT / SCHULLE, „Judentransportationen“ (2005), S. 445 f.; KLEIN, Jüdinnen und Juden (2017), S. 128.

<sup>56</sup> KLEIN, Jüdinnen und Juden (2017), S. 135

<sup>57</sup> KLEIN, Ghettos (2013), S. 109

Zyklon B zur Vernichtung der Häftlinge einsetzte. Nur wenige der deutschen Deportierten überlebten alle Stationen ihres Martyriums.<sup>58</sup>

## Heilbronner Deportierte nach Riga: Das Schicksal von Moritz und Julius Henle

Die aus Lehrensteinsfeld stammenden Brüder Moritz und Julius Isaak Henle waren Inhaber der Firma Gebrüder Henle, einer Herrenmaßschneiderei zunächst in der Klarastraße 8, und seit den späten 1920er Jahren in der Klarastraße 6. Moritz, geboren am 2. Januar 1885, war Schneidermeister. Julius, am 27. Januar 1886 geboren, war Textilfachmann und der kaufmännische Leiter des Geschäfts. Moritz war mit Flora, geborene Stein verheiratet. Flora stammte aus Heilbronn und wurde am 6. Februar 1891 geboren.<sup>59</sup> Moritz und Flora wohnten in einer 5-Zimmerwohnung in der Staufenbergstraße 31 (von den Nationalsozialisten in Innsbrucker Straße umbenannt). Das Haus gehörte der Familie Stein, Floras Eltern. Moritz und Flora hatten eine Tochter, Liese, die am 25. Dezember 1920 in Heilbronn geboren wurde und im August 1938 in die USA auswanderte.<sup>60</sup> Julius Henle war Junggeselle<sup>61</sup> und lebte zusammen mit seinem Bruder und der Schwägerin in der Wohnung in der Staufenbergstraße 31.

Moritz und Julius Henle gründeten ihr Schneidergeschäft in Heilbronn wohl um 1906.<sup>62</sup> Seit 1912 lässt sich ihr Geschäft in Heilbronner Adressbüchern finden. Ihr Geschäft soll eines der größeren in der Stadt gewesen sein, mit illustren Kunden wie dem späteren Bundespräsidenten Prof. Dr. Theodor Heuss, dem Oberbürgermeister Emil Beutinger oder dem Chefredakteur der Neckarzeitung, Eugen Klopfer.<sup>63</sup> Neben Heilbronner Fabrikanten wie den Familien Victor oder Israel zählten zudem auch Mitglieder des Direktoriums der Fabrik Salamander in Kornwestheim zu ihren Stammkunden.<sup>64</sup> Für das Renommee der Schneiderei spricht auch, dass der Betrieb selbst während der andauernden antisemitischen Hetze noch recht gut lief; manche

<sup>58</sup> KLEIN, Jüdinnen und Juden (2017), S. 147–151

<sup>59</sup> Flora Henle im Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html?result#frmResults> (rev. 2019-12-31).

<sup>60</sup> Vgl. die Auswanderungsliste bei FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 358. Franke scheint jedoch nicht gewusst zu haben, dass die Auswanderin Liese Henle die Tochter von Moritz und Flora Henle war.

<sup>61</sup> Vgl. StA Ludwigsburg, EL 350 I, Bü 22669, Bl. 29, eidesstattliche Erklärung von Rose Varda Selberg, geborene Hirschheimer, abgelegt am 10.05.1959 für ihre Mutter Sofie Hirschheimer, geborene Henle.

<sup>62</sup> StA Ludwigsburg, EL 350 I, Bü 22669, Bl. 29

<sup>63</sup> Vgl. dazu StadtA Heilbronn, B073-13610, Beschluss der Rückerstattungskammer des Landgerichts Stuttgart vom 07.05.1973, S. 3, 5; StA Ludwigsburg, FL 300/33 I, Bü 5682, Bl. 9.

<sup>64</sup> So Albert Henle, ein Neffe von Moritz und Julius Henle, in seiner eidesstattlichen Erklärung vom 17.07.1959, StA Ludwigsburg, EL 350 I, Bü 22669, Bl. 30.

nichtjüdische Kunden sollen sogar nachts und heimlich zur Anprobe ins Geschäft gekommen sein.<sup>65</sup>

Wie angesehen ihr Geschäft und wie wohlsituiert die Brüder Henle waren, geben auch einschlägige Quellen wieder. So findet man im Schreiben der Polizeidirektion Heilbronn vom 10. Juni 1968 betreffend Rückerstattungssache Liese Rothmann, geborene Henle, mehrere Zeugenaussagen über die Familie Henle, ihre materielle Situation und über den geschäftlichen Erfolg der Gebrüder Henle. Der Kaufmann Lothar Münzing berichtete darin: „Es ist mir bekannt, daß die beiden Brüder Henle früher in Heilbronn ein gutgehendes Herren-Schneidergeschäft hatten, vermögend waren und als sehr fleißig galten.“ Die ehemalige Hausgehilfin der Henles, Berta Gebhardt, gab zu Protokoll:

*„Die Familie bewohnte [...] im 2. Stock eine 5-Zimmerwohnung. [...] Ich kann nur soviel sagen, daß es sich um eine wertvolle Wohnungseinrichtung handelte, die sich in gutem Zustand befand.“*<sup>66</sup>

Eidesstaatliche Erklärungen von ehemaligen Kunden von Julius und Moritz Henle bezeugen außerdem, dass das Schneidergeschäft eine „feine Herren Schneiderei“, „eines der bestrenommiertesten & besten Geschäfte in der Branche in Heilbronn“, „weit ueber den Kreis Heilbronn hinaus in Wuerttemberg/Baden bekannt als eine der besten Schneidereien“ war, und dass der Inhaber „Herr Henle den Namen gehabt hat eines wohlhabenden und erfolgreichen Geschäftsmannes“. Die Brüder Henle sollen zudem „sehr vermögend“ gewesen sein.<sup>67</sup>

Doch die finanzielle Situation der Brüder verschlechterte sich kontinuierlich im Laufe der 1930er Jahre. Der starke Rückgang ihrer gewerblichen Einkünfte seit der NS-Machtübernahme gipfelte im völligen Ausfall der Einkünfte im Jahr 1939 als Folge des Novemberpogroms 1938. Auch die Einkünfte aus Kapitalvermögen und aus Vermietung und Verpachtung gingen seit 1933 rapide zurück. Hatte Julius Henle zusammen mit den weiteren erwähnten Einkunftsarten 1937 und 1938 noch ein Jahreseinkommen von 6.836 RM beziehungsweise 6.912 RM, so verzeichnete er 1939, nachdem das Geschäft „arisiert“ wurde,<sup>68</sup> insgesamt nur noch Einkünfte in Höhe von 240 RM. 1940 stammten die Einkünfte in Höhe von 131 RM allein aus Kapitalvermögen und im Jahr 1941 hatte Julius Henle gar keine Einkünfte mehr.<sup>69</sup>

<sup>65</sup> Vgl. StA Ludwigsburg, EL 350 I, Bü 22669, Bl. 30

<sup>66</sup> StA Ludwigsburg, FL 300/33 I, Bü 3418, Bl. 10–13

<sup>67</sup> Vgl. die eidesstattlichen Erklärungen von Max Kaufmann vom 07.09.1965, von Max Thalheimer vom August 1965 und von Ernst Bonnem vom 30.08.1965, StA Ludwigsburg, FL 300/33 I, Bü 5682, Bl. 5–7.

<sup>68</sup> Laut der „Nachweisung“ über Heilbronner Betriebe, die nicht mehr gewerbesteuerpflichtig sind, die im Stadtarchiv Heilbronn aufbewahrt wird, wurde das Geschäft bereits am 15.11.1938 eingestellt, also in Abwesenheit der beiden Eigentümer. Vgl. StadtA Heilbronn, B011-80, Bl. 77.

<sup>69</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 43, Schreiben des Finanzamts Heilbronn an das Landesamt für die Wiedergutmachung vom 11.03.1960 in Entschädigungssache Julius Henle-Erben.

Das Novemberpogrom 1938 hinterließ tiefe Spuren bei der Familie Henle und ihrem Geschäft. Das Geschäftslokal und die Arbeitsräume der Maßschneiderei in der Klarastraße 6 wurden ausgeraubt und stark verwüstet, Fenster wurden eingeschlagen.<sup>70</sup> Einen Tag nach dem Pogrom, am 11. November, wurden sowohl Moritz als auch Julius Henle inhaftiert und ins Konzentrationslager Dachau verschleppt; Moritz wurde nach gut vier Wochen am 12. Dezember 1938 wieder frei gelassen,<sup>71</sup> Julius erst am 28. Dezember.<sup>72</sup> Wie schrecklich die Erfahrungen im Konzentrationslager sein mussten, zeigt der Bericht von Flora Rothschild, einer Nichte der Brüder Henle:

*„Ich bin im August 1939 von Ludwigsburg bei Stuttgart ausgewandert. Etwa Ende Dezember 1938 oder anfangs Januar 1939 kam zu uns, in die Wohnung meiner Eltern, mein Onkel Moritz Henle, zusammen mit seiner Ehefrau. Er kam nach seiner Entlassung aus dem KZ Dachau zu uns. Er erzählte mir von seinen furchtbaren Erlebnissen. Er hatte sich so veraendert, dass ich ihn nicht erkannte.“<sup>73</sup>*

Am 27. Dezember 1938 musste das Haus in der Klarastraße 6, dessen Einheitswert zu der Zeit 75.900 RM betrug, an die Stadt Heilbronn unter Wert für 52.600 RM<sup>74</sup> verkauft werden. Die Stadt verkaufte es im Oktober 1944 an den Innenarchitekten Max Fork weiter,<sup>75</sup> einen „alten Parteigenossen“, der sich „während der Kampfzeit [...] besonders verdient gemacht“<sup>76</sup> hat, denn Fork war bereits seit 1932 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Heilbronn.<sup>77</sup> Die Schneiderei ging an den Schneidermeister Paul Fleischmann über, der von der gewaltsamen Verdrängung der Brüder und deren Firma auf diese Weise profitierte.<sup>78</sup> Flora und Moritz Henle mussten 1939 auch ihr Gebäude in der Rosenbergstraße 13 und 13a an Christian und Friederike Clauß verkaufen.

<sup>70</sup> Vgl. die eidesstaatliche Erklärung von Flora Rothschild geb. Henle, StA Ludwigsburg, FL 300/33 I, Bü 5682, Bl. 4.

<sup>71</sup> Moritz Henle im Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html?result#frmResults> (rev. 2019-12-30).

<sup>72</sup> Julius Henle im Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html?result#frmResults> (rev. 2019-01-30).

<sup>73</sup> Flora Rothschild, StA Ludwigsburg, FL 300/33 I, Bü 5682, Bl. 4.

<sup>74</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 43, Anzeige Julius Henles vom 29.12.1938 an das Wirtschaftsministerium Stuttgart.

<sup>75</sup> Vgl. StadtA Heilbronn, B033-481

<sup>76</sup> So der damalige Oberbürgermeister Gültig in einem Schreiben an die Ministerial-Abteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung Stuttgart betreffend die Entjudung des Haus- und Grundbesitzes in Heilbronn. Erwerb von Judenhäusern durch die Stadt vom 20.09.1940, StadtA Heilbronn, B033-481, Dokument 6, S. 3.

<sup>77</sup> Vgl. den Zeitungsartikel Aus der Bewegung. In: Heilbronner Tagblatt vom 05.12.1942, S. 3 aus: StadtA Heilbronn, ZS 13781.

<sup>78</sup> Vgl. StadtA Heilbronn, B073-13610

Am 14. Dezember 1938 wurde die sogenannte Judenvermögensabgabe für Julius Henle vom Finanzamt Heilbronn auf insgesamt 9.200 RM (20% seines zu hoch geschätzten Gesamtvermögens) beziffert, die er in vier Teilbeträgen bis August 1939 zu bezahlen hatte. Eine weitere, fünfte Teilzahlung von 2.300 RM, fällig am 15. November 1939, wurde nachträglich hinzugefügt. Trotz der Proteste der Brüder, dass die Vermögensabgabe nicht anhand der realen Zahlen (als Grundlage wurde der Einheitswert und nicht der weit niedrigere Verkaufswert des Hauses in der Klarastraße 6 berücksichtigt) berechnet wurde, weigerte sich das Finanzamt Heilbronn, ihnen die letzte Teilzahlung zu erlassen. Das Vermögen von Julius Henle verringerte sich zwischen April 1938 und November 1939 dramatisch von 42.500 RM auf 10.300 RM. Inzwischen bemühte er sich aktiv um Emigration: Im Mai 1939 beantragte er eine steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung, um nach Kuba auswandern zu können.<sup>79</sup>

*„Weil ich eine hohe Vormerknummer nach Amerika habe und man sonstwohin infolge des Krieges nicht kommen kann, und ich mir alle Anstrengungen machte, so muss ich sehen, solange wie möglich mit diesem kleinen Vermögen hauszuhalten“,*<sup>80</sup>

schrrieb Julius Henle an das Finanzamt Heilbronn im November 1939. Die Entrichtung der fünften Rate würde das geringe Vermögen auf nur noch 8.000 RM schrumpfen lassen, sodass Julius Henle seine Lebensexistenz ernstlich bedroht sah. Seinem Gesuch wurde am Ende zu einem kleinen Teil durch den Oberfinanzpräsidenten Württemberg stattgegeben: Die Rate wurde von 2.300 RM auf 1.500 RM reduziert. Julius Henle hatte nur noch 8.800 RM zum Leben und keinerlei Möglichkeit mehr, Einkünfte aus seinem Beruf zu erzielen.

In der Zwischenzeit, im Februar 1939, wurde die Lebensversicherung von Julius Henle bei der Victoria-Versicherung per Rückkauf gekündigt. Vermutlich hat er sie selbst vorzeitig auszahlen lassen, um für sein Vorhaben, auszuwandern, liquide zu sein. Die Versicherung überwies die Summe von 1.355 RM auf das gesperrte Konto Henles bei der Dresdner Bank und informierte zur selben Zeit geflissentlich das Finanzamt Heilbronn über die Abwicklung.<sup>81</sup> Das Geld nutzte Julius Henle nichts mehr, weil er aufgrund der Sicherungsanordnung der Devisenstelle Stuttgart keinen Zugriff auf das gesperrte Konto hatte. Freigabe von Geldmitteln zur Lebenserhaltung war für Juden seit Oktober 1938 nur über eine schriftliche Beantragung bei der Devisenstelle möglich. Begründet wurde die Sicherungsanordnung mit dem

<sup>79</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 43, Schreiben des Heilbronner Finanzamts an die Außendienststelle der Geheimen Staatspolizei in Heilbronn vom 19.05.1939.

<sup>80</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 43, Schreiben Julius Henles an das Finanzamt Heilbronn vom 06.11.1939, in dem er erneut um die Erlassung der 5. Rate der Judenvermögensabgabe bittet.

<sup>81</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 43, Schreiben der Victoria-Versicherung an das Finanzamt Heilbronn vom 27.02.1939

Verdacht, Julius Henle würde beabsichtigen, auszuwandern.<sup>82</sup> Das Finanzamt Heilbronn konnte so auf alle übriggebliebenen finanziellen Rücklagen des Heilbronner Kaufmanns zugreifen.

Spätestens im November 1939 musste die Familie Henle ihre Wohnung in der Staufenbergstraße 31 verlassen und in eines der „Judenhäuser“ der Stadt in der Badstraße 10 umziehen.<sup>83</sup> In der Badstraße wurden alle drei Familienmitglieder zur Zwangsarbeit verpflichtet,<sup>84</sup> wie die Aussage der ehemaligen Hausgehilfin Berta Gebhardt bestätigt:

*„Während des 3. Reiches, es muß kurz vor dem Kriege gewesen sein, habe ich einmal mit Herrn Henle auf der Straße gesprochen und er hat mir damals erzählt, daß er jetzt in der Badstraße Säcke machen oder Säcke flicken müsse.“<sup>85</sup>*

Moritz Henle, seine Ehefrau Flora und sein Bruder Julius gehörten zum ersten Stuttgarter Transport, mit dem sie am 1. Dezember 1941 in Riga-Jungfernhof ankamen.<sup>86</sup> Das Schicksal von Moritz und Flora Henle ist bekannt: Sie wurden bei der oben geschilderten „Aktion Dünamüde“ am 26. März 1942 im Wald von Biķernieki ermordet.<sup>87</sup> Welches Schicksal Julius Henle nach seiner Ankunft in Riga-Jungfernhof erleiden musste, ließ sich jedoch bis heute nicht klären. Hat er bereits den bitterkalten Winter 1941/42 nicht überlebt, kam er zusammen mit seinem Bruder und dessen Ehefrau bei der „Aktion Dünamüde“ ums Leben oder wurde er dem „Vernichtungslager“<sup>88</sup> Salaspils zugeteilt? Offiziell wurde sein Todestag auf den 8. Mai 1945 festgelegt.<sup>89</sup>

<sup>82</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 43, Sicherungsanordnung der Devisenstelle Stuttgart an Julius Henle vom 07.10.1938

<sup>83</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 43, Nachweisung des Finanzamts Heilbronn an den Oberfinanzpräsidenten Württemberg in Stuttgart vom 16.11.1939

<sup>84</sup> Hans Franke fand die Namen und Anzahl der zum Arbeitseinsatz verpflichteten Heilbronner Jüdinnen und Juden bei „Lebensmittel-Listen“, vgl. FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 141 f.

<sup>85</sup> StA Ludwigsburg, FL 300/33 I, Bü 3418, Bl. 12.

<sup>86</sup> Vgl. die Stuttgart-Liste bei SCHEFFLER, Deportation (2003), S. 581.

<sup>87</sup> Moritz Henle im Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html?result#firmResults> (rev. 2019-12-30).

<sup>88</sup> So sahen die Überlebenden das Lager, vgl. ANGRICK / KLEIN, „Endlösung“ (2006), S. 262.

<sup>89</sup> StA Ludwigsburg, FL 300/33 I, Bü 5682, Bl. 1. Einige Jahre zuvor, im Mai 1960, versuchten die Beamten des Landesamts für die Wiedergutmachung Stuttgart im Zusammenhang mit der Kapitalentschädigung der Erben von Julius Henle seinen Todestag auf den 27.[sic] 03.1942 festzusetzen, um so den Entschädigungszeitraum auf die Zeit zwischen 15.11.1938 und 27.03.1942 („3 Jahre und 4 volle Monate“) einzugrenzen. Zur Begründung hieß es, dass Julius Henle „die dortige Vernichtungsaktion vom 27.03.1942 bei seinem Alter nicht überlebt hat“; vgl. StA Ludwigsburg, EL 350 I, Bü 22669, Bl. 55.

## Binnendeportationen nach Eschenau und Haigerloch im Jahre 1942

Zwischen Januar und August 1942 wurden mehrere jüdische Bürger aus Heilbronn in umliegende Landgemeinden zwangsumgesiedelt. Im Rahmen dieser Umsiedlungsaktionen kamen neun Personen ins Zwangsaltenheim im Schloss Eschenau, wo sie in einem völlig überfüllten, ungenügend geheizten und maroden Schlossgebäude des Freiherrn Alexander von Bernus hausen mussten. Dieser ließ sich die Vermietung seiner Immobilie an die Gemeinde Eschenau, die es wiederum an die Jüdische Kultusvereinigung Württemberg weitervermietete, gut bezahlen.<sup>90</sup> Die Heimbewohner litten nicht nur unter Kälte, sondern auch unter Hunger, da ihre Lebensmittelrationen im Vergleich zur nichtjüdischen Bevölkerung stark reduziert waren. Der Alltag war ereignislos und deprimierend, die Insassen durften sich im Ort nicht frei bewegen, der Zugang zur Straße war ihnen versperrt und das Parkgelände der Schlossanlage war umzäunt.<sup>91</sup> Eine der Heilbronnerinnen, die ins Zwangsaltenheim Eschenau kamen, Hannchen Kirchhausen geborene Pappenheim, starb dort im Alter von 87 Jahren.<sup>92</sup> Alle anderen zwangsumgesiedelten Personen wurden am 22. August 1942 nach Theresienstadt deportiert.

Am 23. März 1942 wurden in einer größeren Aktion 30 Heilbronner Juden nach Haag, in einen Ortsteil von Haigerloch in Hohenzollern, zwangsumgesiedelt. Haigerloch hatte traditionell einen hohen jüdischen Bevölkerungsanteil und war damit ähnlich wie Buchau, Buttenhausen, Laupheim und andere württembergische Landgemeinden für die nationalsozialistischen Ghettoisierungspläne prädestiniert. Die jüdische Bevölkerung vor Ort wurde angehalten, die Neuankömmlinge in ihren Häusern aufzunehmen; einen Teil brachte man auch in Gemeinschaftsgebäuden unter. Die jüdischen Einwohner Haags wurden nicht bewacht, sondern von einem Vorsteher betreut.<sup>93</sup>

Für die zwangsumgesiedelten Juden waren sowohl Eschenau als auch Haigerloch jedoch nur eine kurze Zwischenstation auf ihrem Weg in die Ghettos und Vernichtungslager der Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei und im besetzten Polen.<sup>94</sup>

<sup>90</sup> Eine umfassende Darstellung der Geschichte des Zwangsaltenheims in Eschenau bietet der Sammelband ULMER / RITTER (Hg.): Zwangsaltenheim (2013). Zur Entstehung des Zwangsaltenheims vgl. ULMER, Einrichtung (2013), S. 27–29.

<sup>91</sup> ULMER, Leben (2013), S. 50–55

<sup>92</sup> FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 158

<sup>93</sup> FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 155

<sup>94</sup> Zu Haigerloch und seiner Rolle als Transitort für Deportierte vgl. den Beitrag zum Nationalsozialismus auf der Website der Ehemaligen Synagoge Haigerloch, <http://www.synagoge-haigerloch.de/de/juedische-geschichte/nationalsozialismus> (rev. 2020-01-15).

## Heilbronner Deportierte nach Haigerloch: Das Schicksal von Sofie Reis

Sofie Reis geborene Kahn wurde am 25. Februar 1876 in Schwäbisch Gmünd geboren und war die Witwe des Kaufmanns Baruch Reis. Sie war, zusammen mit dem Neffen ihres verstorbenen Mannes, Max Reis, die Gesellschafterin des Webwaren- und Aussteuergeschäftes „Jakob D. Reis oHG“. Das Geschäft musste nach dem Novemberpogrom 1938 zum Ende des Jahres aufgelöst werden,<sup>95</sup> die Immobilien in der Inneren Rosenbergstraße 22 und 24 (von den Nationalsozialisten in „Braunauer Straße“ umbenannt, heute Rollwagstraße) wurden bereits am 4. Januar 1939 an die Reichsjustizverwaltung zwangsverkauft.

Sofie Reis war eine der 30 im März 1942 nach Haag/Haigerloch „umgesiedelten“ Heilbronner Jüdinnen und Juden.<sup>96</sup> Ihre Kinder Jack (Jakob), Hanna, Arthur und Carola konnten sich im Zeitraum zwischen 1933 und 1938 rechtzeitig durch Emigration in die USA beziehungsweise nach Palästina retten.<sup>97</sup> Auch Sofies Neffen Max Reis gelang 1939 die Flucht nach England. Sofie Reis hat sich zusammen mit ihm um Auswanderung bemüht, wie die Dokumente in den Steuerakten des Heilbronner Finanzamts belegen.<sup>98</sup> Doch waren ihre Bemühungen vergebens. Im August 1942 kam sie in Theresienstadt an mit dem Zug XIII/1, ihre Transportnummer war 512. Dort blieb Sofie Reis nur einige Wochen. Am 29. September 1942 wurde sie mit dem Transport „Bs“, Insassennummer 1831, in das Vernichtungslager Treblinka deportiert und dort ermordet. Ihr genaues Todesdatum konnte nicht festgestellt werden.<sup>99</sup>

---

<sup>95</sup> Vgl. StadtA Heilbronn, B011-80, Bl. 133

<sup>96</sup> Vgl. FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 155

<sup>97</sup> Vgl. dazu StA Ludwigsburg, K 26, Bü 117, Schreiben vom 27.08.1953 von Dr. Alfred J. Schweizer, Bevollmächtigter der vier Kinder von Sofie Reis, an das Finanzamt Heilbronn. Vgl. dazu auch die Hintergrundinformationen zur Familie Reis auf der Website der Heilbronner Stolpersteine, <http://stolpersteine-heilbronn.de/list/rollwagstr-16.html> (rev. 2020-01-06). Vgl. auch die Lebenserinnerungen von Arthur Reis, REIS, Steg (o. J.).

<sup>98</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 117, Interner Bericht der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Heilbronn vom 25.04.1939.

<sup>99</sup> Vgl. den Eintrag zu Sofie Reis in der Datenbank des tschechischen Projektes „Holocaust.cz“, <https://www.holocaust.cz/databaze-obet/obet/28364-sofie-reis/> (rev. 2020-01-06).

## Deportation am 24. April 1942 mit dem Ziel Izbica/Generalgouvernement (heute Ostpolen)

Die 16<sup>100</sup> zu deportierenden Personen aus Heilbronn mussten sich am 24. April 1942 für die bevorstehende „Abschiebung von Juden nach dem Generalgouvernement“<sup>101</sup> bereitmachen. Die Gepäckvorschriften für diesen Transport erlaubten nur einen Koffer oder einen Rucksack, ein Kissen und eine bis zwei Wolldecken, vollständige Bekleidung, Essgeschirr und einen Mundvorrat für mindestens zwei Tage. Anders als bei der Deportation nach Riga war kein sperriges Gut wie Öfen, Eimer oder Matratzen erlaubt.<sup>102</sup> In seinem Erlass an die Landräte und Polizeidirektoren vom 25. März 1942 betreffend die Deportation nach Izbica verschleierte der Leiter der Staatspolizeileitstelle Stuttgart, Mußgay (anders als vor dem ersten Stuttgarter Transport Richtung Riga) den Zweck der Maßnahme nicht mehr; sie stelle „den Beginn der Endlösung der Judenfrage“<sup>103</sup> dar. Auch hierbei gab es Ausnahmen bei der Auswahl der zu deportierenden Juden: Wer älter als 65 war oder älter als 55 und gebrechlich, blieb vorerst von der „Evakuierung“ verschont. Ausländische Juden (mit Ausnahme der staatenlosen, ehemals polnischen und luxemburgischen Juden), Juden, die in „Mischehen“ lebten und diejenigen, die sich im geschlossenen kriegswichtigen Arbeitseinsatz befanden, durften bleiben.<sup>104</sup>

Erneut war Stuttgart und das dortige Sammellager auf dem Killesberg eine kurze, niederdrückende Zwischenstation für die Deportierten. Zwei Tage später, am 26. April 1942, mussten sie am Stuttgarter Nordgüterbahnhof den Zug Nummer „Da 56“ mit dem Ziel Izbica im Distrikt Lublin besteigen. In Izbica angekommen ist der Zug drei Tage später, am 29. April 1942.<sup>105</sup> Laut Gottwaldt / Schulle ist die genaue Anzahl der Zuginsassen nicht genau zu bestimmen; sie gehen davon aus, dass er, wie andere Transportzüge dieser Zeit, voll ausgelastet war, also um 800 bis 1000 Personen beförderte. Von ihnen sollen 200–400 arbeitsfähige Männer bei einem Zwischenstopp in Lublin zum Arbeitseinsatz im Konzentrationslager Majdanek „selektiert“ worden sein.<sup>106</sup> Die Aufzeichnungen des Stuttgarter Vertrauensmanns der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Alfred Marx, die dieser anhand von Unterlagen der Gestapo Stuttgart heimlich anfertigen konnte, widersprechen diesen Schätzungen und ergeben eine weit kleinere Anzahl von Deportierten: Da-

<sup>100</sup> Die Zahl stammt aus einer bei Franke zitierten Deportationsliste; vgl. FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 158 f.

<sup>101</sup> SAUER, Dokumente (1966), Dok. Nr. 486, S. 309

<sup>102</sup> SAUER, Dokumente (1966), Dok. Nr. 486, S. 311

<sup>103</sup> SAUER, Dokumente (1966), Dok. Nr. 486, S. 310

<sup>104</sup> Vgl. SAUER, Dokumente (1966), Dok. Nr. 486, S. 310

<sup>105</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Judentransporte“ (2005), S. 201

<sup>106</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Judentransporte“ (2005), S. 202

nach soll der Transport lediglich 273 Personen aus Württemberg und Hohenzollern gezählt haben. Hinzu kamen 74 Personen aus Baden und 17 aus der Pfalz, so dass der Transport insgesamt 364 Zuginsassen zählte.<sup>107</sup> Steffen Hänschen wiederum nennt in seiner 2018 erschienenen Studie 628 Verschleppte.<sup>108</sup> Von den 16 Heilbronnerinnen und Heilbronnern sollte niemand die Verschleppung überleben.<sup>109</sup>

Izbica, 58 km südöstlich von Lublin gelegen, hatte wie Piaski, Zamość, Włodawa und Bełżyce einen hohen jüdischen Bevölkerungsanteil. Hier, im östlichen Teil des Generalgouvernements, wurden zunächst für polnische, und später auch für deutsche, österreichische und tschechoslowakische Juden Ghettos und anschließend Transitghettos für die Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“<sup>110</sup> eingerichtet.<sup>111</sup> Im 18. Jahrhundert war das Städtchen Izbica von jüdischen Siedlern gegründet worden und hatte kurz vor dem Ausbruch des Krieges circa 4.500 jüdische Einwohner, was 92 % der Bevölkerung ausmachte.<sup>112</sup> Mit dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen im September 1939 fing für die Stadt eine deutsche Besetzung an, die, mit einem sowjetrussischen Intermezzo von zehn Tagen insgesamt fünf Jahre andauern sollte.<sup>113</sup> Bereits 1939 fanden erste Deportationen von polnischen Juden aus Westpolen nach Izbica statt. Im März 1941 quartierte man weitere verschleppte Juden aus dem „Warthegau“ ein, sodass die Bevölkerungszahl um 1941 bereits 7.000 betrug.<sup>114</sup> Aufgrund seiner logistisch günstigen Lage direkt an der Eisenbahnstrecke zwischen Lublin und Bełżec wurde Izbica zum größten Transitghetto im Distrikt Lublin. Es sollte als „Hauptunterbringungs- und Umschlagpunkt“<sup>115</sup> für die Transporte aus dem Westen dienen, bevor die Verschleppten ab März 1942 in die Todesfabriken Bełżec, Sobibór und Treblinka kamen.<sup>116</sup>

Die im März und April 1942 in Izbica angekommenen Juden aus dem „Altreich“ gerieten mitten in die „Säuberungsaktionen“ im Ghetto, die die SS unter den pol-

<sup>107</sup> Vgl. die Aufzeichnungen von Alfred Marx für den UNRRA-Suchdienst vom 06.03.1946, <https://www.statistik-des-holocaust.de/OT411201-Stuttgart1.jpg> (rev. 2020-01-14).

<sup>108</sup> HÄNSCHEN, *Transitghetto Izbica* (2018), S. 268. Diese Zahl nennen auch GOTTWALDT / SCHULLE, „Judendeportationen“ (2005), S. 201 als Alternative.

<sup>109</sup> SAUER, *Dokumente* (1966), S. 270

<sup>110</sup> Als „Aktion Reinhardt“ bezeichnete das NS-Regime den systematischen Mord an polnischen und ausländischen Juden im Generalgouvernement. Die „Aktion“ wurde nach Reinhard Heydrich benannt, der Ende Mai 1942 in Prag einem tödlichen Anschlag zum Opfer gefallen ist. Für die Durchführung des Mordes waren die Vernichtungslager Bełżec (in Betrieb seit März 1942), Sobibór (ab Mai 1942) und Treblinka im Distrikt Warschau (ab Juli 1942) unentbehrlich. Vgl. GOTTWALDT / SCHULLE, „Judendeportationen“ (2005), S. 179.

<sup>111</sup> KUWAŁEK, *Leben* (2004), S. 112; 121

<sup>112</sup> KUWAŁEK / DEAN, *Izbica* (2012), S. 639

<sup>113</sup> HÄNSCHEN, *Transitghetto Izbica* (2018), S. 35 f.

<sup>114</sup> HÄNSCHEN, *Transitghetto Izbica* (2018), S. 56 f.

<sup>115</sup> HÄNSCHEN, *Transitghetto Izbica* (2018), S. 238

<sup>116</sup> ANGRICK, „Aktion 1005“ (2019), S. 121–149

nischen Juden durchführte, um so Platz für neu ankommende Juden aus dem Ausland zu schaffen.<sup>117</sup> Am 24. März wurden 2.200 der polnischen Juden aus Izbica in das Vernichtungslager Belżec abtransportiert, wo sie sofort nach der Ankunft ohne „Selektion“ unter Einsatz von Verbrennungsmotorabgasen getötet wurden.<sup>118</sup> Doch die Mordaktion minderte den Platzmangel angesichts der ständig neu ankommenden Transporte überhaupt nicht. Zwischen März und Juni 1942 kamen insgesamt 16 Transportzüge mit rund 14.446 Juden aus dem „Altreich“, Österreich, Luxemburg, dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ und der Slowakei in Izbica an.<sup>119</sup> Weil Izbica aus allen Nähten platzte, wurden die Deportierten aus den Transporten auch auf andere Ortschaften verteilt.

Die Lebensbedingungen in dem überfüllten Ghetto waren katastrophal. Es gab keine Kanalisation und keine sanitären Anlagen in den Häusern. Tödliche Krankheiten wie Typhus brachen aus. Die Menschen drängten teilweise zu 20-30 in einem Raum. Manche Neuankömmlinge mussten in der Synagoge, im ehemaligen Kino oder sogar auf einer umzäunten Wiese im Freien campieren.<sup>120</sup> Die Deportierten litten zudem stark unter Hunger. Die Waggons mit ihrem Gepäck wurden bereits in Lublin abgekoppelt, sodass sie ohne ihre Habseligkeiten, die sie gegen Lebensmittel hätten tauschen können, in Izbica ankamen. Auch die 50 RM, die ihnen vor Ort ausgehändigt werden sollten, zogen die Besatzungsbehörden ein. Außer in Notwerkstätten gab es keine Arbeitsmöglichkeiten für die Tausende von verschleppten Juden aus dem Westen. In der fremden Umgebung, ohne Sprachkenntnisse der einheimischen Bevölkerung waren so vor allem deutschsprachige Juden stark gefährdet und existenziell auf Zuwendungen von Verwandten und Freunden aus der Heimat angewiesen, die sie auf dem Schwarzmarkt gegen Grundlebensmittel eintauschen konnten.<sup>121</sup>

Todestransporte aus Izbica in die Vernichtungslager in Belżec und Sobibór betrafen ab Mai 1942 nicht mehr ausschließlich polnische Juden. Bei drei „Aktionen“ zwischen Mai und Juni 1942 kamen fast 3.000 der ghettisierten Juden zur Ermordung nach Belżec, Sobibór und Majdanek.<sup>122</sup> Bei der letzten großen „Aktion“ am 19. Oktober 1942, als 5.000 Personen jeweils zur Hälfte nach Belżec und nach Sobibór deportiert und circa 700 bei der Verladung erschossen wurden, kamen wohl auch alle noch in Izbica lebenden deutschen und österreichischen Juden um.<sup>123</sup> Nach weiteren Todestransporten wurde das Transitghetto im November 1942 aufgelöst.

<sup>117</sup> HÄNSCHEN, Transitghetto Izbica (2018), S. 238

<sup>118</sup> HÄNSCHEN, Transitghetto Izbica (2018), S. 187

<sup>119</sup> HÄNSCHEN, Transitghetto Izbica (2018), S. 267

<sup>120</sup> HÄNSCHEN, Transitghetto Izbica (2018), S. 393, 395 f.

<sup>121</sup> KUWALEK, Leben (2004), S. 121–124

<sup>122</sup> KUWALEK / DEAN, Izbica (2012), S. 641

<sup>123</sup> So HÄNSCHEN, Transitghetto Izbica (2018), S. 191, 224 f.

## Heilbronner Deportierte nach Izbica: Das Schicksal von Marie Hirschberger

Marie Hirschberger wurde am 19. September 1894 in Heilbronn geboren. Sie war unverheiratet und führte mit ihrer Schwester Therese, die bereits im September 1938 starb, gemeinsam einen Kolonialwarenladen („Geschwister Hirschberger“). Das Geschäft befand sich im Parterre des Hauses Nummer 41 in der Götzenturmstraße. Die Räumlichkeiten vermietete an die „Fräulein Hirschberger“ der Eigentümer des Hauses, der Lokomotivführer Karl Jung.<sup>124</sup> Maries Bruder Jakob und ihrer Schwester Hedwig gelang es im Januar beziehungsweise August 1939 Richtung England zu flüchten.<sup>125</sup> Hedwig Hirschberger hatte nach der Reichspogromnacht im November 1938 ihr kleines Unterwäschegeschäft in der Inneren Rosenbergstraße 10 aufgeben müssen.<sup>126</sup> Vor ihrer Zwangsumsiedlung in eines der Heilbronner „Judenhäuser“ in der Badstraße 10 wohnte Marie zusammen mit ihrer verwitweten Mutter Ida Hirschberger, geborene Strauss, in der Inneren Rosenbergstraße 10 – in der NS-Zeit Braunauer Straße genannt.<sup>127</sup>

Im August 1939 erkundigte sich das Finanzamt Heilbronn bei der dortigen Gestapo-Außendienststelle nach einer steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung, da Marie Hirschberger vorhatte, zu ihrer Schwester nach England auszuwandern. Eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für Marie wurde am 29. August 1939 ausgestellt, mit der Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1939.<sup>128</sup> Im Jahr 1939 konnte Marie Hirschberger keine Einkünfte mehr aus dem Ladengeschäft verbuchen, denn auch sie konnte ihr Geschäft infolge des Novemberpogroms nicht länger führen.<sup>129</sup> In der Einkommensteuererklärung gab sie neben 67 RM aus Kapitalvermögen eine Zuwendung von ihrem Bruder Jakob an, sodass ihr Jahreseinkommen 1939 nach Abzug von Sonderausgaben lediglich 1.425 RM betrug.<sup>130</sup> 1940 gab es eine weitere Zuwendung Jakobs, der inzwischen offenbar in New York lebte, in Höhe von 2.600 RM.<sup>131</sup>

<sup>124</sup> Vgl. den Bericht von Emmy Ludwig geb. Jung in: StadtA Heilbronn, D009-11.

<sup>125</sup> Zu Jakob Hirschberger vgl. StA Ludwigsburg, K 26, Bü 50, Erklärung Ida Hirschbergers für das Finanzamt Heilbronn vom 06.11.1939.

<sup>126</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 49. Das Geschäft wurde zum 31.12.1938 eingestellt, vgl. StadtA Heilbronn, B011-80, Bl. 78.

<sup>127</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 51. Laut der Lohnsteuerkartei von 1941 musste Marie Hirschberger zusammen mit ihrer Mutter Ida am 29. 09.1941 in die Badstraße 10 umziehen. Vgl. die Heilbronner Lohnsteuerkartei, StadtA Heilbronn, B011-73.

<sup>128</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 49

<sup>129</sup> Vgl. StadtA Heilbronn, B011-80, Bl. 78

<sup>130</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 51, Marie Hirschberger, Einkommenssteuererklärung für das Kalenderjahr 1939, S. 2

<sup>131</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 51, Marie Hirschberger, Einkommensteuererklärung für das Kalenderjahr 1940, S. 3

Diese war auch nötig, da Marie Hirschberger im Jahr 1940 lediglich 255 RM Verdienst verzeichnen konnte, für Tätigkeit „als Beihilfe in der jüdischen Kultusgemeinde“ in Heilbronn.<sup>132</sup>

Im Jahr 1941 verringerten sich ihre Einkünfte noch mehr, weil sie nur noch zwischen dem 1. September und dem 20. November Lohnarbeit hatte – in der Sackfabrik von Richard Henkel.<sup>133</sup> Vermutlich hat sie ihre Arbeitsstelle in der Henkel-Fabrik, wie auch die Familie Henle, nicht freiwillig angenommen, sondern verrichtete sie im Rahmen des Arbeitszwangs, den die Nationalsozialisten bereits seit Ende 1938 gegenüber deutschen Jüdinnen und Juden angewendet hatten.<sup>134</sup> Zugleich musste Marie Hirschberger ab 1941 eine fast doppelt so hohe – 652 RM – Einkommensteuer als 1940 zahlen, weil sie nun auch die „Sozialausgleichsabgabe“ in Höhe von 322 RM (15% des Einkommens) zu zahlen hatte.<sup>135</sup> Auch für die plötzlich erhöhten Steuerausgaben von Marie und ihrer Mutter Ida wollte Jakob Hirschberger aufkommen, indem er ihnen sein Guthaben bei der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt zur Verwendung bereitgestellt hatte, über das die Frauen – nur mit der Genehmigung der Devisenstelle – verfügen konnten.<sup>136</sup> Im August 1941 wurde das Konto jedoch gesperrt, weshalb Marie Hirschberger am 27. August 1941 um Nullstellung der bereits vorausbezahlten Einkommenssteuer beim Finanzamt Heilbronn bat. Ihrem Antrag wurde stattgegeben, unter der Voraussetzung, dass sie das Finanzamt „unverzüglich“ über neue Zuwendungen ihres Bruders benachrichtigen müsse.<sup>137</sup>

Ida Hirschberger starb im Alter von 80 Jahren am 25. Dezember 1941.<sup>138</sup> Vier Monate später, am 24. April 1942, musste Marie Hirschberger sich für den Abtransport nach Izbica bei Lublin bereitstellen. Auch sie verbrachte zwei Tage und Nächte

<sup>132</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 51, Marie Hirschberger, Einkommenssteuererklärung für das Jahr 1940, S. 4

<sup>133</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 51, Lohnsteuerüberweisungsblatt vom Arbeitgeber Richard Henkel vom 20.05.1942. Danach hat Marie Hirschberger zwischen 01.09.-20.11.1941 für ihn gearbeitet und in diesem Zeitraum 105,23 RM (abzüglich 6,81 RM Lohnsteuer) verdient.

<sup>134</sup> Dass es sich bei dem „Geschlossenen Arbeitseinsatz“ (NS-Jargon) der deutschen Juden um Zwangsarbeit handelte, führt GRUNER, Arbeitseinsatz (1997), S. 15, 341 aus. Privatunternehmer wie Richard Henkel in Heilbronn, die jüdische Zwangsarbeiter beschäftigten, profitierten von der Maßnahme, weil sie zum einen betriebliche Sozialleistungen und Treueprämien durch die Entlohnung der Juden nach Hilfsarbeiterstatus einsparten, und weil sie zum anderen ab 1941 kollektive Tarifkürzungen anwendeten und gegenüber dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte auch an Lagerinvestitionen einsparten. Vgl. GRUNER, Arbeitseinsatz (1997), S. 346.

<sup>135</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 51, Vorauszahlungsbescheid (Einkommensteuer) des Finanzamts Heilbronn vom 03.03.1941. Der Ausgleich wurde damit begründet, dass Juden keinen Wehrdienst leisteten – was ihnen aber ja verboten war. Gleichzeitig leisteten sie zu der Zeit bereits Zwangsarbeit, sodass die Abgabe eine doppelte Schikane bedeutete. Vgl. ULMER, Finanzbehörden (2019), S. 282.

<sup>136</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 51, Schreiben von Ida und Marie Hirschberger an das Finanzamt Heilbronn vom 10.03.1941

<sup>137</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 51, Schreiben von Marie Hirschberger an das Finanzamt Heilbronn vom 27.08.1941 und neuer Vorauszahlungsbescheid als Antwort darauf vom 04.09.1941.

<sup>138</sup> Vgl. die Heilbronner Lohnsteuerkartei, StadtA Heilbronn, B011-73

in dem Sammellager auf dem Killesberg in Stuttgart, bevor sie den Transportzug nach Izbica bestieg. Die Spuren von Marie Hirschberger verlieren sich kurz nach ihrer Deportation, sodass ihr Schicksal bis heute ungeklärt bleibt. In behördlichen Unterlagen gilt der 8. Mai 1945 als ihr Todestag; der Ort ihres Todes ist unbekannt. Am 24. März 1943 beschlagnahmte das Finanzamt ihr restliches Vermögen, bevor die Steuerakte von Marie Hirschberger endgültig geschlossen wurde.<sup>139</sup>

## Deportation am 20. August 1942 mit dem Ziel Theresienstadt (Tschechien)

Der letzte größere Transport aus Heilbronn betraf die 22 noch in Sontheim lebenden Juden, die in dem zu einem Altenheim umfunktionierten Haus des 1940 ausgewanderten jüdischen Arztes Julius Picard in der Lauffener Straße 12 zusammengepfercht waren.<sup>140</sup> Sie wurden frühmorgens am 20. August 1942 mit einem gewöhnlichen Leiterwagen fortgeschafft.<sup>141</sup> Der Stuttgarter Gestapochef Friedrich Mußgay kündigte in seinem Erlass an die Landräte, Polizeidirektoren und Polizeiamtsvorstände vom 3. August 1942 an, dass es sich bei dem vierten Stuttgarter Transport am 22. August 1942 um die „Umsiedlung sämtlicher noch in Württemberg ansässigen Juden“ handele<sup>142</sup> – entsprechend gehörten zu den zu deportierenden Personen neben Alten und Kranken explizit auch jüdische Ehepartner einer nicht mehr bestehenden „Mischehe“ (soweit sie keine Kinder unter 14 Jahren hatten, die gesetzlich keine Juden waren) und sogar transportunfähige Personen oder dekorierte und invalide Weltkriegsteilnehmer.<sup>143</sup>

Als Gepäck waren nur die notwendigsten Dinge erlaubt: ein Koffer oder Rucksack ohne sperriges Gut, Bekleidung, Bettzeug, Essgeschirr und Proviant für 2 bis 3 Tage. Verboten waren auch bei dieser Deportation, wie bereits bei dem Izbica-Transport vier

<sup>139</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 51, handschriftlicher Vermerk auf einer Bescheinigung des Finanzamts Heilbronn über Marie Hirschberger und ihre Steuernummer vom 15.01.1943.

<sup>140</sup> In Sontheim gab es seit 1907 ein jüdisches Altenheim, das Landesasyl „Wilhelmsruhe“, welches im Herbst 1940 von den Nationalsozialisten geräumt wurde, um dort Unterkünfte für Volksdeutsche aus dem Osten zu schaffen. Als ein Ersatzaltenheim fungierte danach das Haus von Dr. Picard, wobei die meisten Einwohner des Landesasyls in ihre Herkunftsgemeinden oder in andere Zwangsaltenheime auf dem Land umgesiedelt wurden. Vgl. FRANKE, *Juden in Heilbronn* (1963), S. 175-178.

<sup>141</sup> FRANKE, *Juden in Heilbronn* (1963), S. 160. Auf dem Leiterwagen legten die deportierten Personen die Strecke von Sontheim bis zum Bahnhof Heilbronn zurück, wo sie in einen Eisenbahnzug umsteigen mussten. Vgl. dazu die Aufzeichnungen von dem ehemaligen Bürgermeister von Sontheim, Richard Stieglitz, in: StadtA Heilbronn, C008-54.

<sup>142</sup> SAUER, *Dokumente* (1966), Dok. Nr. 507, S. 335

<sup>143</sup> HÁJKOVÁ, *Jüdinnen und Juden* (2017), S. 203; GOTTWALDT / SCHULE, „Judendeportationen“ (2005), S. 269.

Monate zuvor, Wertpapiere und -sachen aller Art, Lebensmittelkarten, potentiell gefährliche Gegenstände wie Messer, Gabeln, Rasierklingen, Scheren oder Zündhölzer.<sup>144</sup>

Einen Tag früher, am 19. August 1942, wurden alle 136 sich noch in Haigerloch befindenden Juden zunächst nach Eyach und dann über Tübingen nach Stuttgart auf den Killesberg verbracht. Im dortigen Sammellager untergebracht, mussten auch sie mehrere Tage und Nächte auf die Fortsetzung des Abtransports warten. Am Samstag, dem 22. August 1942, wurden sie schließlich zusammen mit weiteren badischen, württembergischen und hohenzollerischen Jüdinnen und Juden mit dem Zug Nummer „Da 505“ nach Theresienstadt deportiert. Zu den Insassen des Zuges zählten auch 85 Personen, die zuvor aus verschiedenen Städten und Gemeinden – darunter auch aus Heilbronn – ins Zwangsaltenheim im Schloss Eschenau bei Heilbronn abgeschoben worden waren. Die Eschenauer Altenheimbewohner wurden ebenfalls bereits am 19. August abtransportiert; der Zug verließ Eschenau um 10:17 Uhr und brachte die Passagiere über Heilbronn nach Stuttgart, wo sie um 13:55 Uhr ankamen. Insgesamt wurden annähernd 1.080 Personen mit dem Transportzug Nummer „Da 505“ deportiert. Einen Tag später, am 23. August 1942, kamen sie in Theresienstadt an, wo ihr Ankunft unter der Chiffre „XIII/1“ registriert wurde.<sup>145</sup> Von den Deportierten überlebten lediglich 49 Personen den Krieg.<sup>146</sup>

Theresienstadt (tschechisch Terezín) ist circa 70 km nordwestlich von Prag gelegen und wurde Ende des 18. Jahrhunderts von der Habsburger Kaiserin Maria Theresia erbaut. Die Nationalsozialisten benutzten die Festung zunächst ab Juni 1940 als Gestapogefängnis, bevor sie einen Teil der Stadt Ende November 1941 zu einem Ghetto für tschechische Juden umfunktionierten. Später kamen vor allem deutsche und österreichische, aber auch niederländische, dänische, slowakische und ungarische Juden hinzu.<sup>147</sup>

Mit der Ankunft von Juden aus Deutschland und Österreich ab Juni 1942 wurde Theresienstadt zu einem „Altersghetto“ und „Vorzugslager“<sup>148</sup> für über 65-Jährige und sogenannte „Prominente“ umbenannt, das heißt für bekannte deutsche und österreichische jüdische Persönlichkeiten mit wichtigen internationalen Verbindungen.<sup>149</sup> Den deutschen Juden „verkaufte“ das NS-Regime die Deportation nach Theresienstadt ausdrücklich als besonderes Privileg. Mit diesen sogenannten „Heimeinkaufsverträgen“ finanzierten die Deportierten ihre Unterkunft, Lebensmittelversorgung und ärztliche Betreuung in Theresienstadt auf Jahre hinaus im Voraus. In Wirklichkeit waren die „Verträge“ freilich ein zynischer Trick, um die Betroffenen auszuplündern, denn das eingezahlte Geld kam auf ein Sonderkonto „H“, das vom

<sup>144</sup> SAUER, Dokumente (1966), Dok. Nr. 508, S. 336

<sup>145</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Judendeportationen“ (2005), S. 311 f.

<sup>146</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Judendeportationen“ (2005), S. 314

<sup>147</sup> BLODIG / WHITE, Terezín (2012), S. 180

<sup>148</sup> HÁJKOVÁ, Jüdinnen und Juden (2017), S. 202

<sup>149</sup> BLODIG / WHITE, Terezín (2012), S. 181

Reichssicherheitshauptamt kontrolliert wurde.<sup>150</sup> Dass es sich bei Theresienstadt nicht um einen Kurort oder ein gepflegtes Altenheim für Privilegierte handelte, erfuhr die deportierten Jüdinnen und Juden jedoch bald.<sup>151</sup>

Das Ghetto Theresienstadt war hermetisch abgeschlossen. Es sollte gemäß Heydrichs Verfügung ausdrücklich kein Arbeitslager werden, um den eigentlichen Zweck der Maßnahme, die „Endlösung der Judenfrage“, durch konkurrierende Interessen der Industrie nicht zu gefährden.<sup>152</sup> Entsprechend schwierig war es für die meisten Insassen, durch von außen entlohnte Arbeitsaufträge zusätzliche Lebensmittelrationen und damit das Überleben zu sichern. Der Ältestenrat versuchte daher, mit einer durchstrukturierten „Mammutverwaltung“<sup>153</sup> Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Dies war für den Erhalt der Infrastruktur des Ghettos auch notwendig, weil es viele alte und kranke und damit arbeitsunfähige Menschen gab.

Die meisten deutschen Juden gehörten aufgrund ihres hohen Alters oder als kranke und schwache Gefangene zur Kategorie der Nichtarbeiter und erhielten geringere Lebensmittelrationen als die Arbeitspflichtigen. Damit waren sie dazu verurteilt, früher oder später an Hunger, Darmkatarrh oder Herzschwäche zu sterben, sollten sie keine Lebensmittelpakete aus der Heimat bekommen.<sup>154</sup> Neben Hunger wirkten sich die schlechten Wohnverhältnisse mit unzureichenden sanitären Einrichtungen und daraus resultierendem Schmutz und Ungeziefer negativ auf die Überlebenschancen der Ghattobewohner aus. Zusätzlich waren sie durch immer wieder durchgeführte Deportationen in Vernichtungslager bedroht. So wurden gezielt ältere und damit überwiegend deutsche Juden im September 1942 nach Treblinka deportiert. Bei den Deportationen nach Auschwitz im Herbst 1944 sollten hingegen ältere Personen verschont bleiben, um den Anschein des „Altersghettos“ aufrechtzuerhalten.<sup>155</sup>

Wie stark das Ghetto Theresienstadt als ein „Potemkinsches Dorf“ zum Schein Außenstehende täuschen sollte, zeigen die Versuche des NS-Regimes, es als einzige Einrichtung dieser Art für Propagandazwecke zu nutzen. Zum einen wurde die Stadt 1944 einer Kommission des Roten Kreuzes unter dem Anschein einer „jüdischen Siedlung“ von seiner fiktiven besten Seite vorgeführt und die Kommission erfolgreich getäuscht. Selbst Schafe und Kühe wurden herangeschafft, Essensportionen verdoppelt und die Insassen gezwungen, ein unbeschwertes, fröhliches Leben in den Mauern des Ghettos vorzugaukeln. Zum anderen gab es zwei Versuche, einen Propagandafilm über Theresienstadt und seine vorgebliche Idylle zu drehen. Keiner der Filme ist vollständig erhalten. Bei dem zweiten Film führte der berühmte Schauspieler

---

<sup>150</sup> KULLER, *Bürokratie* (2013), S. 400

<sup>151</sup> HÁJKOVÁ, *Jüdinnen und Juden* (2017), S. 209

<sup>152</sup> KLEIN, *Ghettos* (2013), S. 110

<sup>153</sup> So KLEIN, *Ghettos* (2013), S. 111

<sup>154</sup> HÁJKOVÁ, *Jüdinnen und Juden* (2017), S. 208–210

<sup>155</sup> HÁJKOVÁ, *Jüdinnen und Juden* (2017), S. 205

und Regisseur Kurt Gerron Regie, der nach dem Ende der Dreharbeiten im Oktober 1944 selbst nach Auschwitz deportiert wurde.<sup>156</sup>

## Heilbronner Deportierte nach Theresienstadt: Das Schicksal von Emil Obenheimer

Emil Obenheimer wurde am 9. August 1897 in Creglingen geboren.<sup>157</sup> Er war unverheiratet. Bis zu seinem Umzug spätestens im Dezember 1938 in eines der späteren Heilbronner „Judenhäuser“ in der Gustloffstraße 53 (Weststraße) lebte er zehn Jahre in der Bahnhofsvorstadt in der Mozartstraße 10. Obenheimer war bei der Firma Anselm Kahn, Zigarrenfabriken, als kaufmännischer Angestellter beschäftigt.

Emil Obenheimer war Kriegsinvalide. Als 18-jähriger Bursche zog er, vermutlich als Freiwilliger, im Oktober 1915 in den Krieg. Zweieinhalb Jahre war er an der Front, bis er am 11. April 1918 durch Granatsplitter so schwer verwundet wurde, dass sein linkes Bein amputiert werden musste. Auch an seinem rechten Oberschenkel erlitt er eine Verwundung, die zur Knochenmarkschmelzung führte. Erst Anfang 1919 kehrte er aus dem Kriegslazarett zurück und erhielt ab Juni 1919 eine Behindertenrente in Höhe von 63,50 RM pro Monat (achzigprozentige Behinderung) zuerkannt. Da sich sein Zustand im Laufe der Jahre verschlechterte, wurde seine Rente ab 1936 auf 79,85 RM (neunzigprozentige Behinderung) erhöht.

Seit seiner Entlassung aus dem Lazarett lebte Emil Obenheimer immer in dem Bewusstsein, irgendwann berufsunfähig zu werden. Darum lebte er ständig sehr sparsam und legte Ersparnisse aus seiner Rente zur Seite. Zusätzlich unterstützte er seine 69-jährige Mutter Lina Obenheimer geborene Würzburger, die infolge der Wirtschaftskrise der 1920er Jahre ihr gesamtes Vermögen verloren hatte.

Da Emil Obenheimers Ersparnisse im Jahre 1938 5.000 RM überstiegen, musste er im Juli desselben Jahres aufgrund der „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens der Juden“ vom 26. April 1938 sein gesamtes Vermögen dem Finanzamt Heilbronn offenlegen. Als Barvermögen standen ihm zu dieser Zeit 7.228,92 RM zur Verfügung, daneben besaß er eine Aktie des Vereins Deutscher Oelfabriken Mannheim im Wert von 400 RM, ein privates Darlehen in Höhe von 300 RM und zwei Lebensversicherungen über jeweils 3.000 RM. Nach dem Novemberpogrom wurde Emil Obenheimer die „Judenvermögensabgabe“ in Höhe von 20 % seines Gesamtvermögens (2.200 RM, bezahlbar in vier Raten je 550 RM) auferlegt, wogegen er im Dezember 1938 als Härtefall vor dem Landesfinanzamt und vor dem Wirtschaftsministerium in Stuttgart einen Widerspruch einlegte:

<sup>156</sup> BENZ, Ghetto (2013), S. 33 f.

<sup>157</sup> Alle folgenden Angaben zu seiner Person stammen aus der im Staatsarchiv Ludwigsburg aufbewahrten Steuerakte des Finanzamts Heilbronn, StA Ludwigsburg, K 26, Bü 107.

*„In Anbetracht meiner Dienste für das Vaterland während des Krieges und in Anbetracht der geschilderten Umstände [sic], bitte ich Sie daher höfl. zu genehmigen, dass mir die 20%ige Abgabe von meinem Vermögen erlassen wird.“*<sup>158</sup>

Der Kriegsveteran hatte Glück, seinem Gesuch wurde auf Geheiß des Reichsfinanzministers stattgegeben und die Abgabe komplett erlassen, mit der Anmerkung, dass „für den Ausfall das Gesamtjudentum“ haften würde.

Im Verlauf der folgenden drei Jahre sollten Emil Obenheimer und seine Mutter noch weitere drei Male von einem „Judenhaus“ ins andere zwangsumziehen: am 20. Dezember 1941 von der Gustloffstraße 53 in die Frankfurter Straße 46, fünf Monate später, am 6. Mai 1942 in die Bismarckstraße 3a, und am 31. Juli 1942 in die Lauffener Straße 12 in Sontheim in das Altenheim im Haus von Dr. Julius Picard.<sup>159</sup> Dort blieben sie nur wenige Wochen: Am 20. August 1942 wurden Mutter und Sohn mit den übrigen Bewohnern nach Theresienstadt deportiert; Emils Transportnummer war 861, die seiner Mutter 862.<sup>160</sup> Im tschechischen „Altersghetto“ überlebten seine Mutter und er noch fast zwei Jahre, bis sie am 16. Mai 1944 mit dem Transport „Ea“ als Insassen Nr. 2483 (Emil) und 1929 (Lina) nach Auschwitz deportiert wurden, wo vermutlich beide ermordet wurden.<sup>161</sup> Das genaue Todesdatum Emil Obenheimers ist nicht bekannt.<sup>162</sup> Sein gesamtes Vermögen wurde im Frühjahr 1943 vom Finanzamt Heilbronn auf der Grundlage der „11. Verordnung“ beschlagnahmt.

## Einzeltransporte 1944 und 1945 nach Theresienstadt: „Mischehen“ und „Mischlinge“

Bereits am 18. Dezember 1943 wurde ein Runderlass an alle örtlichen Stellen der Sicherheitspolizei verschickt, den der Gestapo-Chef Heinrich Müller unterzeichnet hatte, und der bestimmte, dass die Deportationen nun auch auf jüdische Ehepartner von sogenannten „privilegierten Mischehen“<sup>163</sup> angewandt werden sollten, deren

<sup>158</sup> StA Ludwigsburg, K 26, Bü 107, Schreiben von Emil Obenheimer an das Landesfinanzamt und an das Wirtschaftsministerium Stuttgart vom 07.12.1938.

<sup>159</sup> Vgl. die Einträge in der Heilbronner Lohnsteuerkartei, StadtA Heilbronn, B011-73.

<sup>160</sup> FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 160

<sup>161</sup> Vgl. den Eintrag zu Emil Obenheimer in der tschechischen Holocaust-Datenbank, <https://www.holocaust.cz/databaze-obeti/obet/26718-emil-obenheimer/> (rev. 2020-01-18) und zu Lina Obenheimer, <https://www.holocaust.cz/databaze-obeti/obet/26719-lina-obenheimer/> (rev. 2020-01-18).

<sup>162</sup> Emil Obenheimer im Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html?result#frmResults> (rev. 2020-01-18).

<sup>163</sup> Es handelt sich hier um Jüdinnen und Juden, die in einer Ehe mit nichtjüdischen Ehepartnern lebten, deren Kinder nicht als Juden definiert wurden. Sie galten u. a. deshalb als privilegiert, weil sie dem Kennzeichnungszwang durch den „Judenstern“ nicht unterlagen und sich so freier bewegen konnten. Bei kinderlosen Ehen wurden die jüdischen Ehefrauen durch ihre nichtjüdischen Ehemänner geschützt;

Ehen durch Tod oder Scheidung beendet wurden.<sup>164</sup> Am 11. Januar 1944 wurden die zwei Heilbronner Witwen Cilly Theilacker, geborene Oppenheimer, und Ilona Schultes, geborene Israel, aus diesem Grund nach Theresienstadt deportiert. Durch den Tod ihrer nichtjüdischen Ehemänner hatten die Frauen ihren Schutz verloren.<sup>165</sup> Der Zug ging erneut ab Stuttgart und beförderte insgesamt 35 Insassen.<sup>166</sup> In Theresienstadt kam der Zug am 12. Januar 1944 an und wurde unter der Chiffre „XIII/5“ registriert.<sup>167</sup> Beide Frauen haben überlebt, wenn auch mit schweren gesundheitlichen Schäden.<sup>168</sup>

Die letzte Deportation aus Heilbronn traf die Familie von Alfred Deininger, eines Nichtjuden, der eine jüdische Ehefrau Hova und zwei Söhne David und Elih hatte. Am 12. Februar 1945 wurden Hova Deininger und die beiden Söhne über Stuttgart nach Theresienstadt deportiert. Der Transportzug mit 58 Insassen kam sechs Tage später, am 18. Februar, in der Festungsstadt an<sup>169</sup> und wurde als Transport „XIII/7“ registriert.<sup>170</sup> Alfred Deininger selbst wurde von der Front abberufen und als „jüdisch Versippter“ zur Zwangsarbeit in ein Arbeitslager im Südharz verschleppt. Er überlebte, starb jedoch kurz nach der Befreiung an Tuberkulose. Auch der Rest der Familie überlebte die Schrecken des Theresienstädter Ghettos, doch der jüngere Sohn starb bald nach der Befreiung an einem Magenleiden.<sup>171</sup>

## Gedenken und Erinnern

Mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen und der Judenverfolgung hat man in Heilbronn relativ früh begonnen. Bei den Heilbronner Heimattagen im Juni 1960 kam von mehreren Seiten der Anstoß, die Geschichte und das Schicksal der Heilbronner Juden in der NS-Zeit zu dokumentieren. Der damalige Oberbürgermeister von Heilbronn, Paul Meyle, unterstützte die Idee. Der Journalist Hans Franke übernahm die Aufgabe. Zur Vorbereitung forderte man die Heilbronner Bevölkerung via Zeitungsannoncen dazu auf, über die NS-Zeit und die Judenverfolgung Zeugnis abzulegen. Franke konzipierte eigens für diesen Zweck einen

---

umgekehrt galt der Schutz für jüdische Ehemänner in einer „Mischehe“ nicht. Vgl. ADLER, Mensch (1974), S. 20 f.

<sup>164</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Judendeportationen“ (2005), S. 364

<sup>165</sup> FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 161 f.

<sup>166</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Judendeportationen“ (2005), S. 461

<sup>167</sup> Vgl. die Deportationslisten auf der Seite Statistik des Holocausts, [https://www.statistik-des-holocaust.de/list\\_ger\\_swd\\_43t.html](https://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_swd_43t.html) (rev. 2020-01-10).

<sup>168</sup> Vgl. FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 162

<sup>169</sup> GOTTWALDT / SCHULLE, „Judendeportationen“ (2005), S. 467

<sup>170</sup> Vgl. die Theresienstädter Eingangsliste XIII/7, [https://www.statistik-des-holocaust.de/list\\_ger\\_swd\\_43t.html](https://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_swd_43t.html) (rev. 2020-01-10).

<sup>171</sup> FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 163

Fragebogen mit 21 Fragen, den die Stadtverwaltung an Heilbronner jüdische Überlebende (sofern man deren Kontaktadressen hatte) verschickte, in denen nach den Umständen der Flucht und der Verfolgung gefragt wurde. Die daraus entstandenen Materialien dienten Franke dazu, eine Studie zusammenzustellen, die die Geschichte der Juden in Heilbronn und insbesondere die Judenverfolgung der NS-Zeit detailliert darlegt.<sup>172</sup> Sowohl diese Studie als auch die im Stadtarchiv Heilbronn als Nachlass Franke aufbewahrten Unterlagen stellen bis heute äußerst wertvolle Quellen dar, um die in den 1960er Jahren initiierte Arbeit fortzuführen und die Geschichte der verfolgten Heilbronner Jüdinnen und Juden weiter zu erforschen.

Eines der Beispiele, wie die in den 1960er Jahren durch Hans Frank gesammelten Materialien bei der späteren Forschungs- und Erinnerungsarbeit des Stadtarchivs erfolgreich eingesetzt werden konnten, stellt ihre museumspädagogische Aufbereitung in der Dauerausstellung „Heilbronn historisch!“ im Haus der Stadtgeschichte dar. Unter dem Titel „Terror gegen das eigene Volk“ wird dort den Besuchern das Thema NS-Verfolgung mit Hilfe einer interaktiven Heilbronn-Karte nähergebracht. Tippt man auf ausgewählte Punkte auf der Karte, erhält man detaillierte Informationen zu Opfern, Tätern und Orten des NS-Terrors in Heilbronn. Auch ein Faksimile der ausgefüllten Fragebögen, die Hans Franke aus dem Ausland zugesandt wurden, ist Teil dieses Ausstellungsmoduls.

Das Projekt „Stolpersteine Heilbronn“, das vom Archiv der Stadt Heilbronn organisatorisch betreut wird, hat es sich zur Aufgabe gemacht, an die Verfolgten des Nationalsozialismus zu erinnern und ihres Schicksals zu gedenken. In Kooperation mit dem Künstler Gunter Demnig wurden seit 2009 zahlreiche Stolpersteine in Heilbronn verlegt. Diese ins Pflaster eingelassenen Steine werden vor den letzten freiwillig gewählten Wohnstätten der Opfer des nationalsozialistischen Terrors zwischen 1933 und 1945 verlegt und geben den zur Nummer gemachten Menschen symbolisch ihre Namen zurück. Das Projekt ist noch lange nicht am Ende – die Liste der Opfer der NS-Verfolgung, die vor dem Vergessen bewahrt werden sollen, enthält mehrere hundert Namen.

## Ausblick

Wie bereits eingangs angemerkt, konnte der vorliegende Beitrag nicht alle Aspekte der Judenverfolgung in Heilbronn behandeln. Viele Fragen bleiben noch offen, so dass weitere Forschungen zu diesem Thema unentbehrlich bleiben. So wäre die Frage nach den konkreten Akteuren, die im Namen des NS-Regimes bei der Entrechtung, Ausraubung und Deportation der jüdischen Bürger Heilbronnns tatkräftig mitgeholfen haben, eines der Desiderate, die dringend wissenschaftlich untersucht werden

---

<sup>172</sup> FRANKE, Juden in Heilbronn (1963), S. 105–370

müssen. Wer waren die Profiteure der Judenverfolgung und wie haben sie profitiert? Ähnlich wenig erforscht bleibt bisher die Einstellung der nichtjüdischen Bevölkerung zum Schicksal ihrer jüdischen Nachbarn und Bekannten. Die Erforschung der NS-Vergangenheit Heilbronn ist also nach wie vor notwendig, um noch mehr Licht auf das dunkle Kapitel unserer Geschichte zu werfen.

## Quellen

- StadtA Heilbronn, B011-73 Lohnsteuerkartei Heilbronn  
 StadtA Heilbronn, B011-80 Nachweisung (Liste) der Betriebe, die keine Gewerbesteuer (mehr) zahlen in Heilbronn (ohne Stadtteile)  
 StadtA Heilbronn, B033-481 Liegenschaftsamt Heilbronn, Rückerstattungsverfahren für das Anwesen Klarastraße 6  
 StadtA Heilbronn, B073-13610 Ausgleichsamt Einheitswertschäden, Paul Fleischmann  
 StadtA Heilbronn, C008-54 Forschungen über die Juden bzw. die Israelitische Gemeinde in Sontheim  
 StadtA Heilbronn, D009-11 Aufruf von OBM Meyle an Zeitzeugen vom Juni 1961  
 StA Ludwigsburg, EL 350 I, Bü 22669 Landesamt für die Wiedergutmachung Baden-Württemberg, Einzelfallakte Julius Henle  
 StA Ludwigsburg, FL 300/33 I, Bü 3418 Amtsgericht Stuttgart: Akten des Schlichters für Wiedergutmachung Stuttgart, Moritz Henle  
 StA Ludwigsburg, FL 300/33 I, Bü 5682 Amtsgericht Stuttgart: Akten des Schlichters für Wiedergutmachung Stuttgart, Julius Henle  
 StA Ludwigsburg, K 26, Bü 43 Finanzamt Heilbronn: Steuerakten jüdischer Bürger, Julius Henle  
 StA Ludwigsburg, K 26, Bü 49 Finanzamt Heilbronn: Steuerakten jüdischer Bürger, Hedwig Hirschberger  
 StA Ludwigsburg, K 26, Bü 50 Finanzamt Heilbronn: Steuerakten jüdischer Bürger, Ida Hirschberger  
 StA Ludwigsburg, K 26, Bü 51 Finanzamt Heilbronn: Steuerakten jüdischer Bürger, Marie Hirschberger  
 StA Ludwigsburg, K 26, Bü 107 Finanzamt Heilbronn: Steuerakten jüdischer Bürger, Emil Obenheimer  
 StA Ludwigsburg, K 26, Bü 117 Finanzamt Heilbronn: Steuerakten jüdischer Bürger, Firma Jakob D. Reis

## Literatur

- ADLER, Hans Günther: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland. Tübingen 1974  
 ANGRICK, Andrej: „Aktion 1005“ – Spurenbeseitigung von NS-Massenverbrechen 1942–1945. Eine „geheime Reichssache“ im Spannungsfeld von Kriegswende und Propaganda. Bd. 1. 2. Aufl. Göttingen 2019

- ANGRICK, Andrej / KLEIN, Peter: Die „Endlösung“ in Riga: Ausbeutung und Vernichtung 1941–1944. Darmstadt 2006 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart 6)
- BENZ, Wolfgang: Ghetto: Topographie – Strukturen – Funktion. In: Lebenswelt Ghetto. Alltag und soziales Umfeld während der nationalsozialistischen Verfolgung. Hg. von Imke HANSEN; Katrin STEFFEN; Joachim TAUBER. Wiesbaden 2013 (Veröffentlichungen des Nordost-Instituts 18) S. 24–36
- BICKHOFF, Nicole: Gesetze und Verordnungen gegen die Juden – Teil I. Vom planmäßigen Boykott zur beruflichen Ausgrenzung (März 1933 bis Sommer 1935). In: Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern, 1933 bis 1945. Hg. von Heinz HÖGERLE; Peter MÜLLER; Martin ULMER. Stuttgart 2019, S. 35–40 (2019a)
- BICKHOFF, Nicole: Gesetze und Verordnungen gegen die Juden – Teil II. Von den Nürnberger Gesetzen bis zur Deportation der deutschen Juden (September 1935 bis August 1942). In: Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern, 1933 bis 1945. Hg. von Heinz HÖGERLE; Peter MÜLLER; Martin ULMER. Stuttgart 2019, S. 201–217 (2019b)
- BLODIG, Vojtěch / WHITE, Joseph Robert: Terezín. In: United States Holocaust Museum Encyclopedia of camps and ghettos, 1933–1945. Bd. 2, Tl. A: Ghettos in German-Occupied Eastern Europe. Hg. von Martin DEAN. Bloomington 2012, S. 180–184
- BRÄMER, Andreas: Biographie Familie Carlebach. In: Deutsche Jüdinnen und Juden in Ghettos und Lagern (1941–1945). Łódź. Chelmo. Minsk. Riga. Auschwitz. Theresienstadt. Hg. von Beate MEYER unter Mitarb. von Esther YEN, Hamburg 2017, S. 152–161
- Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945. Bd. 2. Bearb. von Paul SAUER. Stuttgart 1966 (Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg 17)
- ENGWERT, Andreas: Sonderzüge im Auftrag des SS- und Polizeiparates. In: Sonderzüge in den Tod. Die Deportationen mit der Deutschen Reichsbahn. Eine Dokumentation der Deutschen Bahn AG. Hg. von Andreas ENGWERT; Susanne KILL. Köln [u. a.] 2009, S. 39–54
- FRANKE, Hans: Geschichte und Schicksal der Juden in Heilbronn. Vom Mittelalter bis zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgungen (1050–1945). Heilbronn 1963 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn 11)
- FRIEDLÄNDER, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939. Die Jahre der Vernichtung 1939–1945. Durchges. Sonderausgabe. München 2007
- GOTTWALDT, Alfred / SCHULLE, Diana: Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie. Wiesbaden 2005
- GRUNER, Wolf: Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943. Berlin 1997 (Dokumente, Texte, Materialien/Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin 20)
- HÁJKOVÁ, Anna: Ältere deutsche Jüdinnen und Juden im Ghetto Theresienstadt. In: Deutsche Jüdinnen und Juden in Ghettos und Lagern (1941–1945). Łódź. Chelmo. Minsk. Riga. Auschwitz. Theresienstadt. Hg. von Beate MEYER unter Mitarb. von Esther YEN. Hamburg 2017, S. 201–220
- HÄNSCHEN, Steffen: Das Transitghetto Izbica im System des Holocaust. Berlin 2018

- HÖGERLE, Heinz: Die Finanzbehörden als Schaltstellen der finalen Ausraubung bei den Deportationen der jüdischen Bevölkerung 1941/42. In: Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akte und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern, 1933 bis 1945. Hg. von Heinz HÖGERLE; Peter MÜLLER; Martin ULMER. Stuttgart 2019, S. 439–454
- KLEIN, Peter: Die deutschen, Wiener und tschechischen Jüdinnen und Juden am Deportationsziel Riga. In: Deutsche Jüdinnen und Juden in Ghettos und Lagern (1941–1945). Łódź. Chełmno. Minsk. Riga. Auschwitz. Theresienstadt. Hg. von Beate MEYER unter Mitarb. von Esther YEN. Hamburg 2017, S. 128–151
- KLEIN, Peter: Die Ghettos Theresienstadt und Riga. Vergleichende Bemerkungen zu den Strukturen ihrer jüdischen Selbstverwaltung während der Gründungsphase. In: Lebenswelt Ghetto. Alltag und soziales Umfeld während der nationalsozialistischen Verfolgung. Hg. von Imke HANSEN; Katrin STEFFEN; Joachim TAUBER. Wiesbaden 2013 (Veröffentlichungen des Nordost-Instituts 18), S. 106–116
- KULLER, Christiane: Bürokratie und Verbrechen. Antisemitische Finanzpolitik und Verwaltungspraxis im nationalsozialistischen Deutschland. München 2013 (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus 1)
- KÜTTERER, Martina: Die Situation der älteren jüdischen Bürger im Nationalsozialismus. In: ULMER / RITTER (Hg.): Zwangsaltenheim (2013), S. 41–46
- KUWAŁEK, Robert: Das kurze Leben „im Osten“. Jüdische Deutsche im Distrikt Lublin aus polnisch-jüdischer Sicht. In: Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945. Hg. von Birthe KUNDRUS; Beate MEYER. Göttingen 2004 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 20), S. 112–134
- KUWAŁEK, Robert / DEAN, Martin: Izbica (nad Wieprzem). In: United States Holocaust Museum Encyclopedia of camps and ghettos, 1933–1945. Bd. 2. Tl. A: Ghettos in German-Occupied Eastern Europe. Hg. von Martin DEAN. Bloomington 2012, S. 639–643
- MEYER, Beate: Einleitung. In: Deutsche Jüdinnen und Juden in Ghettos und Lagern (1941–1945). Łódź. Chełmno. Minsk. Riga. Auschwitz. Theresienstadt. Hg. von Beate MEYER unter Mitarb. von Esther YEN. Hamburg 2017, S. 7–23
- MÜLLER, Roland: Deportationen aus Stuttgart 1941–1945. Regionale Aspekte des Vernichtungsprozesses. In: Zeichen der Erinnerung. Zug nach Theresienstadt. Hg. von Michael KIENZLE. Stuttgart 2004 (Stiftung Geißstraße Sieben), S. 23–30
- REIS, Arthur: Der eiserne Steg. Heilbronn o. J.
- SCHEFFLER, Wolfgang: Die Deportation aus Stuttgart am 1. Dezember 1941. In: Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden. Bearb. von Wolfgang SCHEFFLER; Diana SCHULLE. Bd. 2. München 2003, S. 569–597
- SCHEFFLER, Wolfgang: Das Schicksal der in die baltischen Staaten deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden 1941–1945. Ein historischer Überblick. In: Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden. Bearb. von Wolfgang SCHEFFLER; Diana SCHULLE. Bd. 1. München 2003, S. 1–43
- SCHLÖSSER, Susanne: „Zur Ehre des Judentums und des deutschen Vaterlandes...“. Blütezeit und Zerstörung der Jüdischen Gemeinde Heilbronn. In: Christhard SCHRENK / Hubert WECKBACH / Susanne SCHLÖSSER: Von Heilbrunna nach Heilbronn. Eine Stadtgeschichte. Stuttgart 1998 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn 36), S. 156–162

- ULMER, Martin: Die Ausplünderung der Juden durch die regionalen Finanzbehörden. In: Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern, 1933 bis 1945. Hg. von Heinz HÖGERLE; Peter MÜLLER; Martin ULMER. Stuttgart 2019, S. 269–294
- ULMER, Martin: Die Einrichtung des Zwangsaltenheims im Schloss Eschenau. In: ULMER / RITTER (Hg.): Zwangsaltenheim (2013), S. 27–30
- ULMER, Martin: Leben und Alltag im Schloss Eschenau. In: ULMER / RITTER (Hg.): Zwangsaltenheim (2013), S. 50–63
- ULMER, Martin: Versteigerungen vor und nach den Deportationen. In: Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern, 1933 bis 1945. Hg. von Heinz HÖGERLE; Peter MÜLLER; Martin ULMER. Stuttgart 2019, S. 463–470
- ULMER, Martin / RITTER, Martin (Hg.): Das jüdische Zwangsaltenheim in Eschenau und seine Bewohner. Horb-Rexingen 2013
- Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933. Heft 5: Die Glaubensjuden im Deutschen Reich. Berlin 1936 (Statistik des Deutschen Reichs 451,5)
- Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939. Heft 4: Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich. Berlin 1944 (Statistik des Deutschen Reichs 552,4)